

LEIPZIGS NEUE

Polit-Frühstück auf dem Dachboden

Bernd Riexinger unterwegs in Leipzig Foto: Fiebelkorn 2

Nachdenken über Akten

Die Gohliser »Michaeliskirche« und ihre Vergangenheit 8

Rom ohne Bernini ist nicht möglich

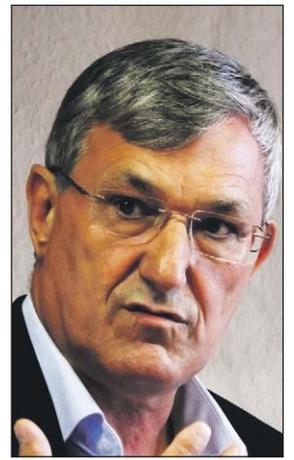
Vorbereitung einer Ausstellung im MdbK 12/13

Noch keine Gratulation ...

Filmregisseur Roland Gräf wird 80 14

Die Spaltung verhindern

Erinnerungen an Otto Grotewohl 18



2 Euro/ABO 1,80

LINKE MONATSZEITUNG FÜR POLITIK, KULTUR UND GESCHICHTE

Zwei Kreuze, mehrere Parteien, eine Regierung

NEUE WAHLVERWANDTSCHAFTEN?

MEHR GRÜN FÜR SACHSEN
KATHARINA KREFFT

Christine Claub
CDU

FÜR EINEN FREISTAAT, DER DIESEN NAMEN VERDIEN'T

DIE LINKE.

Christine Claub
CDU

Stanislaw Tillich
CDU

DIE LINKE.

Titel: Fiedler 2014

Polit-Frühstück auf dem Dachboden

Bernd Riexinger, Co-Chef der Linkspartei, kam nach Leipzig und sprach vor der Sächsischen Landtagswahl mit Journalisten über Wahlen, die Welt, sowie Waffen und Wünsche

Meist entscheiden Augenblicke, um festzustellen, die Atmosphäre ist gut oder nicht. Als Bernd Riexinger mit 30-minütiger Verspätung unterm Dach im Liebknecht-Haus-Leipzig ankam (Umleitungen!) war die Stimmung beim Pressefrühstück noch abwartend, jedoch nach wenigen Minuten wunderbar unkompliziert und offen. Auch LN hat gefragt und mitgeschrieben. Da es ein lupenreines Interview nicht gab, haben wir im Folgenden Gedanken und Antworten thematisch geordnet.

Wahlen und Löhne

Die Themen, die wir bundespolitisch anpacken, sind bei den Infoständen auf der Straße oder in den entsprechenden Foren ähnlich.

LN: Und speziell in Sachsen?

Ausbreitung der prekären Arbeit, niedrige Löhne, das sind Stichworte im Landtagswahlkampf. In Sachsen war das politische Programm von CDU und FDP, den Niedriglohnbereich zu fördern. Darum hat er sich hier besonders ausgebreitet. Wir sind der Meinung, dass ein wirtschaftliches Konzept, das auf geringe Löhne setzt, und der Mindestlohn ist ja ein geringfügiger Lohn auf Dauer nicht tragfähig. Und vor allem aus sozialen Gründen nicht zu akzeptieren ist.

Erforderlich ist eine Regulierung, die über das Mindestlohngesetz hinausgeht. In Sachsen ist ein Drittel der Arbeitsverhältnisse prekär. Die linke Landespartei agiert mit ihren Möglichkeiten klar dagegen.

Tarifverträge haben eine immer geringere Reichweite ...

Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen muss künftig wieder erleichtert werden. Es muss normal

sein, dass die Leute sozialversicherungspflichtige und tariflich regulierte Arbeitsverträge haben.

Im Handel gab es mal eine Tarifbindungsquote von 91 Prozent, das ist 13 Jahre her, seit dieser Zeit ist sie auf 36 Prozent gefallen. Das heißt, gerade noch ein starkes Drittel der im Einzelhandel Beschäftigten fällt unter die Tarifverträge.

Was das bedeutet im Bereich, der nicht im Hochlohnbereich liegt, kann sich jeder ausrechnen. Wir als Bundespartei planen eine Kampagne gegen prekäre Lebensverhältnisse, für Einkommen, die soziale, kulturelle und politische Teilhabe ermöglichen. Leute die in sozialen Brennpunkten leben, gehen nach meinen Erfahrungen weniger wählen. Die trauen keiner Partei mehr. Es eine Aufgabe der Linken zuzusagen, dass das genau der falsche Schritt ist.

Ohne die Linke gäbe es in Deutschland keinen Mindestlohn.

Das ist für Menschen allgemein nur ein schwacher Trost. Du kannst, wenn Du nicht die Mehrheit hast, die politischen Prozesse nur begrenzt beschleunigen. Trotzdem: Eine starke Linke ist ein Bollwerk gegen soziale Kahlschläge.

Und ... die Leute müssen ermutigt werden, selbst zu handeln. Politik ist nicht nur Parlamentarismus, sondern muss auch auf der Straße stattfinden. Ich ermuntere zum Engagement und sage: Wehrt Euch!

Welt und Waffen

Wenn man die Nachrichten sieht und hört, da wechseln die Informationen nahtlos von einem Kriegsschauplatz zum nächsten.

Die Entscheidungen über Waffenexporte in Krisengebiete, da gehe ich davon aus, dass wir Linke geschlossen dagegen stimmen. Zumal die Bundesregierung ihre eigenen früheren Richtlinien durchbricht.



Foto:
Fiebelkorn

Es ist nicht Aufgabe linker Politik, wie alle anderen Parteien auch noch nach Waffen zu rufen. Wir plädieren für diplomatische Lösungen. Das ist die Aufgabe der Politiker und Diplomaten, und dabei die teils lange zurückliegenden Ursachen der Konflikte zu hinterfragen. Die Akteure und Provokateure werden in Krisengebieten wechselseitig von imperialen und regionalen Mächten unterstützt.

Das sieht man bei den sogenannten IS-Kämpfern ...

...diese teils jungen Akteure wurden mal unterstützt von der Türkei, von Katar, von Saudi-Arabien. Und dann machten sie später was sie wollten. Frühere Absprachen interessieren sie nicht mehr. Sie schießen teilweise mit den Waffen der Amerikaner durch die Gegend, manche haben heute kaum zivile Lebenschancen.

Das hat auch etwas zu tun mit vergangenen Kriegen, wie bekanntermaßen die katastrophale Bilanz im Irak zeigte. Da sind u.a. die USA und die Türkei anzusprechen. Was wir in den Ländern beobachten, ist ein kompletter Entstaatlichungsprozess. Fanatismus gab es zu allen Zeiten, aber es bleibt eine interessante Frage: Warum bricht er gerade jetzt erneut so brutal hervor?

Was kaum bekannt ist: Nach dem Krieg der USA im Irak wurden dort Privatisierungen durchgeführt mit allem, was in dem Land einst staatlich war: Wasserversorgung, Energie, Krankenhäuser, Verkehrswege, bis hin zur allgemeinen Sicherheit.

All das wird begleitet durch eine

extreme soziale Unsicherheit in diesen Ländern, und wurde im Irak durch die Regierung religiös extrem verschärft. All diese Dinge haben die Situation nunmehr zum Explodieren gebracht.

Die Menschen in Europa beunruhigt diese Situation sehr, unabhängig von den jetzigen Landtagswahlkämpfen. Sie erwarten auch von den Linken eine konsistente Position.

Wir werden in dieser Hinsicht auf keinen schnellen Zug aufspringen. Erst gab es eine bipolare Weltordnung, da hatten wir einen klaren hegemonialen Block um die USA. Das bricht gerade alles auf und zusammen. Es entsteht aber nichts Neues, dieser Prozess bleibt krisenhaft und gefährlich

Wahlen und Wünsche

Bodo Ramelow bewegt die Thüringer. Ihr Wunschministerpräsident nach der Wahl?

Ich bin kein Regierungseuphoriker. Sollte Bodo Ramelow soviel Stimmen bekommen, dass er Ministerpräsident in Thüringen würde, wäre das in vielfacher Hinsicht ein Gewinn. Linke und SPD haben für das Land gute Konzepte u.a. für Bildung, Energie und Nahverkehr. Landespolitisch wird es hochinteressant und bundespolitisch wäre es ein Durchbruch. Wenn ich Herrn Gabriel richtig verstehe, hätte er nichts dagegen. Ein Stück politischer Normalität. Wie groß war das Geschrei beim ersten grünen Ministerpräsidenten. Also: Abwarten und wählen.

Zugegeben, das hat er zum Abschluß ja noch mal ganz fein hingekriegt. Mitten-drin im schönsten Umfragetief seiner Bürgermeisterkarriere schmeißt Klaus Wowerit den Bettel hin. Und beweist damit zumindest eins: dass die Engländer keineswegs das Monopol auf Schwarzen Humor haben. Es geht immer noch schwärzer. Kaum hat der Paradiesvogel den 11. Dezember zur Deadline erklärt, werfen die derzeit beiden begabtesten Olsenbande-Imitatoren ihre Bewerbungen in den Ring, dass es selbst Monty Python mit Schmackes auf die Bretter knallt. SPD-Fraktionsvorsitzender Raed Saleh (Ich hab einen Plan) und Landesvorsitzender Jan Stöß (Menno, ich auch) wollen im Rausch der eigenen Überschätzung den Thron besteigen, an dem sie bisher lediglich nagen durften. Worauf man nur mit Innbrunst wünschen kann: Möge dieser Kelch an der Stadt und ihren Bürgern vorübergehen.

Doch immer, wenn du denkst es geht nicht mehr, kommt von irgendwo ein Lichtlein her. Und zwar in Gestalt des kleinsten aller größeren Übel. In Gestalt von Stadtentwicklungssenator Michael Müller, ein treuer Parteisoldat, einst als Kronprinz gehandelt, dann abgesägt, nun wieder auferstanden. Die SPD-Mitglieder entscheiden. Im Interesse Berlins möchte man es ihm wünschen, denn von den drei Kandidaten hat er die größeren Chancen bei den nächsten Wahlen einen Regierenden Bürgermeister Frank Henkel, CDU, zu verhindern. Den kann ja nun, außer Henkel selbst, wirklich keiner wollen. Dann lieber Dieter Hallervorden.

Doch Spaß beiseite. Man muss sich nur einmal vor Augen führen, was für ein Chaos in den Köpfen der Mitglieder dieses rot-schwarzen Senats fröhliche Urstände feiert. Jüngstes Beispiel von vielen anderen Wirrnissen: Berlin soll Olympia wollen. Mit ca. 60 Millionen Euro allein für die Bewerbung und einem unbekanntem Milliardenbetrag dann für



Notizen aus der Hauptstadt der BRD

von Gerhard Schumacher

Eine große Zeit

die Ausrichtung der Spiele selbst. Ja geht's noch?, tippt sich der normal denkende Durchschnittsberliner mit dem Zeigefinger an die Stirn. In vielen Schulen der Stadt rauscht der Regen durchs Dach, blättern Putz und Farbe von den Wänden, sind die Toiletten in einem Zustand, der sie unbenutzbar macht. Für die Behebung dieser Missstände ist das Geld selbstverständlich nicht da, statt dessen wollen die Urheber der Wahnsinnsidee Olympia ihre Häupter mit den Lorbeeren der Eitelkeit bekränzen. Zumal die Stadtväter und -mütter in der Vergangenheit ihre Befähigung zur Durchführung von Großprojekten schmerzhaft hinlänglich unter Beweis gestellt haben. Devise: Augen zu und durch, schuld sind immer die anderen.

Seh'n se, das ist Berlin...

Es ist schon eine Schlagzeile wert: Bundesdeutschlands oberste Berufsvertriebene Erika (schwarzbraun ist die Haselnuss) Steinbach verleiht der »verehrten Frau Bundeskanzlerin« eine eigens für sie geschaffene »Ehrenplakette in Gold« als Dank für Merkels besondere Verdienste um die Belange der Vertriebenen. Die beiden haben sich, bis auf einige kleinere Scharmützel, immer ausgezeichnet verstanden. Folgerichtig zeigt die Schwarze Frau das unförmige Ding schief grinsend in die Kamera

und hält eine artige Dankesrede mit dem Schwerpunkt Ukraine, was denn sonst.

Zur Erinnerung sei angefügt: Frau Steinbach war's, die einst dem polnischen Deutschlandbeauftragten Bartoszewski einen »schlechten Charakter« attestierte und die NSDAP eine »linke Partei« nannte. In Bezug auf die blonde Kommandeuse der Ewiggestrigen kommt einem die Bezeichnung »erkonservativ« eher verharmlosend vor. Aber was soll's, »die verehrte Frau Bundeskanzlerin« wird schon wissen, mit welchen Freunden sie sich umgibt. Alt genug ist sie ja.

Dennoch könnte man meinen, das Geplärre und Gezeter der Heimatlosen von Rechtsaußen müsste mittlerweile auf natürlich biologische Art verstummt sein. Aber weit gefehlt. Nachfolger Steinbachs im Amt des Obervertriebenen wird der CSU Mann Bernd-Bernhard Fabritius, 49 Jahre, Siebenbürger Sachse. Im Jahre des Herrn 1984 sind seine Eltern aus Rumänien zwar nicht vertrieben worden, aber immerhin ausgewandert. Aber das ist sicher nur ein unbedeutender Unterschied. Wer Vertriebener ist, bestimmt immer noch der Vertriebene selbst. Und außerdem, wie Frau Steinbach dazu sehr richtig bemerkte: »Ich muss kein Wal sein, um die Wale zu retten.« Also, ehemalige Ostgebiete: die Vertriebenen kommen, ehe es der Russe tut.

Achten Sie auf ihr Handgepäck!

Das »Teile und Herrsche« beschreibt seit den Tagen des Römischen Reiches eine Strategie der Herrschenden zur Erhaltung ihrer Macht über Territorien und Völker. Auch fast alle ethnischen, religiösen oder territorialen Konflikte der Gegenwart reichen zurück auf eine Kolonialherrschaft, die historisch gewachsene soziale Gefüge zerbrach und Volksgruppen zu ihrem eigenen Leidwesen gegeneinander ausspielte.

Die dadurch hervorgerufene heillose Verwirrung zeigt gegenwärtig sogar unter linken Politikern Wirkung, wenn selbst Teile der Linkspartei fordern: Die kurdische Autonomieregion im Irak und ihre Streitkräfte, die Peschmerga, sollen gegen die Angriffe der Organisation Islamischer Staat (IS) aufgerüstet werden, um besonders Anhänger der kurdischen Religionsgemeinschaft der Jesiden zu schützen.

Doch ein Blick auf die Zusammenhänge zeigt, wie kurzsichtig solche Forderungen sind. Wie in allen ethnischen Konflikten gilt auch hier: Kurden sind nicht gleich Kurden. Kurdistan ist eine Region, die sich vom Südosten der Türkei, über den Nordosten Syriens zum Nordwesten des Iraks erstreckt. Und so verschieden

diese Staaten sind, so unterschiedlich gestalten sich die Bedingungen vor Ort, die soziale Zusammensetzung und Ziele ihrer jeweiligen kurdischen Bewegungen.

In der mit der EU verbündeten Türkei werden Kurden seit Jahrzehnten als ethnische Minderheit diskriminiert und ihre politischen Organisationen, wie die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), verfolgt. Die PKK, die in den Volksverteidigungskräften (HPG) einen militärischen Arm besitzt, strebt nicht nur eine kurdische Autonomie an, sondern erhebt soziale und politische Forderungen und verbindet ihre Ziele mit einer Kritik am repressiven türkischen Staat. Dass der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan seit 1999 in türkischen Gefängnissen, oft in Isolationshaft, festgehalten wird, rührte das öffentliche Gewissen Europas bisher kaum. In Deutschland gilt die PKK als kriminelle Vereinigung, deren Anhänger strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt sind.

In den kurdischen Regionen Syriens hat seit Ausbruch des Krieges die

Partei der Demokratischen Union (PYD) in vielen Orten die öffentliche Verwaltung übernommen, die mit einer volksdemokratischen Regierung einhergeht, und bildete militärische Volksverteidigungseinheiten (YPG) sowohl gegen Regierungstruppen als auch islamische Verbände. Es wird in der Berichterstattung nur selten erwähnt, dass die syrische Opposition sich nicht auf islamistische Organisationen, wie Al-Nusra-Front und IS reduziert, sondern dass es in Syrien eine starke säkulare Volksbewegung gibt, die soziale und demokratische Inhalte vertritt. Die YPG eilte den Peschmerga im Nordirak als erste gegen den IS zu Hilfe und ermöglichte Tausenden Jesiden bei Shingal die Flucht nach Syrien.

Dass nicht sie, sondern die Peschmerga bewaffnet werden sollen, unterstreicht: Niemals wurden die kurdischen Volksbewegungen in der Türkei und Syrien von Westeuropa oder den USA unterstützt, im Gegenteil.

Die kurdische Autonomieregion im

Nordirak wurde während des Krieges 2003 eingerichtet, um die Zentralregierung zu schwächen und den Zugriff auf die Ölfelder und Ressourcen zu wahren. Sie wird von den gleichen sozialen Widersprüchen bestimmt, wie jedes andere kapitalistische Land, hat nichts gemein mit den kurdischen Volksbewegungen der Türkei und Syriens. Ihr Präsident Molla Mustafa Barzani unterhält auch mit dem türkischen Staat enge politische Beziehungen und hat wenig zur Unterstützung seiner Volksgenossen in den Nachbarregionen beigetragen.

Falsch ist auch, dass Aufrüstung die einzige Möglichkeit sei, Kurden und Jesiden zu schützen und einen Völkermord zu verhindern. Wer solches vorgibt, verschweigt, dass der IS über Syrien von Staaten, wie Saudi-Arabien und der Türkei, militärisch bewaffnet und von Großmächten zur Destabilisierung Syriens aufgebaut wurde.

Dahinter steht eine Machtpolitik, die auf Lügen basiert, Gewalteskalation befördert, der Unschuldige zum Opfer fallen, und demokratische, sozial engagierte Kräfte vor Ort schwächen wird. Linke sollten dem keine Zugeständnisse machen.

• Karl Martin

»divide et impera«



Motive: Gerd Eiltzer

Wahlkampf

Prinz Hamlet von Sachsen

Das etwas faul ist im Freistaat, wurde seit der Aufdeckung des Sachsensumpfes offenbar. Es liegt nahe, dass im Lande, das seinen langjährigen Ministerpräsident liebevoll »König Kurt« tituliert und das Haus Wettin kürzlich mit 4,8 Mio. Euro Entschädigung alimentierte, ein Wahlkampf den Zug eines Königsdramas annimmt. In der Tat: Mit der Ankündigung, die 25-jährige Regierungszeit der CDU zu beenden, stellte der Chef der sächsischen Linkspartei Rico Gebhardt die Frage: Sein oder Nichtsein? Der Aufzug zum Finale erfolgte am 18. August, als die drei großen sächsischen Tageszeitungen Ministerpräsident und Oppositionsführer vor nobler Kulisse im Dresdener Kongresszentrum zum Duell baten.

Eine »schlimme Ahnung« befahl den dänischen Prinzen vor seinem Zweikampf, und Rico Gebhardt wäre gut beraten gewesen, von seinen Gastgebern keine Fairness zu erwarten. In der Tat: Fragen, die da lauteten »Von der Kohlepartei SED zur Kohlegegnerin Linkspartei – wie glaubwürdig ist Ihre Politik?«, wirkten wie Gift am Dolche. Auffallend oft und lang bekam Stanislaw Tillich Gelegenheit, seine Eloquenz in staatsmännischer Pose darzustellen. Der König von Dänemark war sich im Klaren: »In den verderbten Strömen dieser Welt kann die vergoldete Hand der Missetat das Recht wegstoßen, und ein schnöder Preis erkaufte oft das Gesetz.« Gleiches bewirken schöne Worte aus dem Munde des Ministerpräsidenten mit der Sympathie des wählenden Volkes. Das hat von ihm u.a. zu erwarten: Der Länderfinanzausgleich wird für Sachsen nicht fortgesetzt, 2000 Polizisten werden entlassen, Lehrer werden nicht verbeamtet und erhalten kein höheres Gehalt und Kindertagesstätten müssen weiter auf einen

gesetzlichen Betreuungsschlüssel verzichten, ebenso wie die Freiwillige Feuerwehr auf einen Rentenanspruch.

Aber der Politiker von Welt sagt solche Dinge nicht einfach plump daher, sondern drückt sein »Vertrauen in die Menschen in Sachsen« aus und verspricht, Probleme konkret und vor Ort lösen zu wollen. Das bedeutet: Staatliche Hilfe braucht keiner zu erwarten, und der König weiß sehr gut: »Oh, meine Tat ist faul, sie stinkt zum Himmel!« Denn seine Kanzlerin hat die Einnahmen des Staates längst auf Jahre in Billionen Höhe an Banken und Unternehmen verschenkt, was Länder und Kommunen, in denen das Leben der Menschen bezahlt wird, heute und in Zukunft mit leeren Kassen büßen.

Auch Rico Gebhardt weiß das – und spielte den Hamlet, der im Rücken des arglosen Bösewichtes ausruft: »Hinein, du Schwert! Sei schrecklicher gezückt!« Hibbelig wirkte der Oppositionsführer und ließ sich von Journalisten mehrfach in Widersprüche verwickeln und seine Position in Gegensatz zu seiner Partei setzen.

Es schien peinlich, wenn er die Kritik der Linkspartei am Abbau von Polizeistellen als »zugegeben ungewöhnlich für eine linke Partei« bezeichnete. Geradezu grotesk seine Reaktion auf den Einwand, die Leipziger Landtagskandidatin Juliane Nagel habe die Einrichtung eines Polizeireviers im Stadtteil Connewitz als politische Provokation bezeichnet. Gebhardt: Die Linkspartei fordere seit Jahren eine Polizeistation in der Eisenbahnstraße und wende sich nicht prinzipiell gegen deren Ausbau. Auf den Hinweis, dass während der Demonstrationen gegen den Neonaziaufmarsch in Dresden am 19. Februar 2011 aus dem Büro der Linkspartei kriminelle

Gewalttaten verübt worden seien, machte Rico Gebhardt dem Vorsatz des Hamlets Ehre mit der Beteuerung, dass er und seine Partei mit Gewalttätern nichts gemein hätten.

Dabei offenbarte genau diese Frage, wie skandalös in der sächsischen Justiz seit Jahren politische Meinungsäußerungen kriminalisiert werden. Obwohl die verwendeten Beweisvideos keine Identifizierung des Beschuldigten zuließen, verurteilte das Dresdner Amtsgericht am 16. Januar den 36-jährigen Tim H. zu 22 Monaten Haft ohne Bewährung mit dem Vorwurf, er habe zum Durchbrechen einer Polizeisperre aufgerufen. Immer noch zu keinem Abschluss gelangte das Verfahren gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König, dem von der Dresdner Staatsanwaltschaft »schwerer aufwieglischer Landfriedensbruch« vorgeworfen wird. Die Aufhebung der Immunität von Landtagsabgeordneten, wie Linkspartei-Fraktionschef André Hahn am 12. Oktober 2011 mit den Stimmen aus CDU, FDP und NPD, für ihre Teilnahme an öffentlichen Demonstrationen offenbart eine Rechtspraxis, die gefährliche Präzedenzfälle liefert und polizeiliche Gewalt rechtfertigt.

Wie der dänische Prinz nutzte Rico Gebhardt seine Gelegenheit zum Königsmord nicht und ließ sich auf einen Machtkampf ein, dessen Intrigen er nicht gewachsen war. Wer im Possenspiel parlamentarischer Etikette punkten möchte, kann es sich nicht leisten, Tagesmütter als »Verwahrungseinrichtungen« gegen Kitas als »Bildungseinrichtungen« auszuspielen. Die Parade Stanislaw Tillichs, dass liebevolle Großmütter solche Bezeichnungen nicht verdient haben, ist ebenso

scheinheilig wie konsequent für einen Politikstil, der den Abbau sozialer Infrastruktur hinter nichts-sagenden moralisierenden Redewendungen versteckt.

Stellenweise wirkte der Linksparteipolitiker, als habe er sein Wahlprogramm nicht richtig verstanden. Auf die Frage, welche verbotenen Drogen die Linkspartei legalisieren wolle, wäre es womöglich überzeugender gewesen, zu entgegnen, dass im Wahlprogramm von Prävention, Aufklärung und Entkriminalisierung von Drogenkonsum, aber nicht von der Legalisierung einzelner Drogen die Rede ist. Warum Rico Gebhardt sich zu der unbeholfen anmutenden Entgegnung verleiten ließ, er sei kein Drogenexperte und wisse nicht, welche Drogen legalisiert werden sollten, bleibt sein Geheimnis.

Seine Erwiderung auf die Frage, woher die Linkspartei die Neuanstellung von Lehrern bezahlen möchte, er verstehe nicht, warum seine und keine Regierungspartei diese Frage immer wieder gestellt bekomme, mag man als schlagfertig betrachten. Letzten Endes lässt dieser Kniff die Eigentumsverhältnisse, die sich hinter der Finanzierung des öffentlichen Wohls verbergen, unangetastet. Möglicherweise nicht ganz ohne Rücksicht auf erhoffte Koalitionspartner?

Schauspieler und Regisseur Laurence Olivier leitete seinen »Hamlet« 1948 mit den Worten ein: »Dies ist die Geschichte eines Mannes, der sich nicht entschließen konnte.« So geht es Gebhardt: Als Mitspieler in einer Regierungskoalition mit SPD und Grünen taugt dieser Mann nicht, und zu einer Rolle als Führer einer Opposition, die hinter den Nöten der Menschen die Eigentums- und Machtverhältnisse dieser Gesellschaft aufdeckt und die Kritik daran zum Kern ihrer politischen Identität erhebt, kann er sich nicht entscheiden. Das literarische Vorbild bezahlte sein Zaudern mit dem Leben und riss viele, die ihm teuer, ins Verderben.

Um mit Dieter Süverkrüp zu sprechen: Auch eine verschaukelte Linkspartei wird niemand wählen, der an das professionelle Possenspiel der Parteien der Verschaukler gewöhnt ist, und eine Wählerschaft mit politischen Erwartungen wird darin keine Alternative erkennen. Die Landtagswahlen in Sachsen bringen keinen Regierungswechsel. Ob damit das Schweigen des Prinzen Hamlet in Sachsen besiegelt ist, wird sich zeigen.

• Roman Stelzig



Montage: Eiltzer

Wahlkampf Bitte in 105 Sekunden!

Ich möchte Sie mit der Überschrift nicht verwirren. Der Sächsische Wahlkampf dauerte Wochen. Seine Vorbereitung Monate. In den redaktionellen Großraumbüros, beispielsweise auch des MDR, gibt es eine magische Zahl. Sie bedeutet: Nur Beiträge nicht länger als 1,45 Minuten sind gut. Bei Spielfilmen der ARD hat man es seit langem mit ähnlichen Zahlen zu tun. Immer 90 Minuten Spielfilm, damit er von 20.15 bis 21.45 Uhr ins Schema passt. Eine letzte Zahl: die zehn. Soviel Leute habe ich nach der Wahlkampfsendung des MDR nicht repräsentativ befragt. Immerhin, fünf hatten diese, ausgestrahlt am 25. August, nicht gesehen, drei haben nach 30 Minuten den Sender gewechselt, nur zwei haben durchgehalten.

War ja alles nicht so einfach, auch für die Hauptdarsteller (auf der Fotomontage von links oben nach rechts unten): Stanislaw Tillich (CDU), Rico Gebhardt (DIE LINKE), Holger Zastrow (FDP), Holger Szymanski (NPD), Martin Dulig (SPD), Antje Hermenau (Grüne), sich zu behaupten.

Die bis dato im Landtag vertretenen Parteipolitiker saßen sich aber nicht gegenüber sondern wurden im 1,45 Minutentakt durch zwei Moderatoren abgefragt. Zugeschaltet von

sechs Außenstellen. Orte wie vor der Dresdner Frauenkirche oder in der Leipziger Moritzbastei waren dabei.

CDU und LINKE agierten da eher langweilig und uninspiriert. Wenn Stanislaw Tillich in 105 Sekunden sein Statement sprach, schauten hinter seinem Rücken regungslose Zustimmungsgesichter in die Live-Kamera. Pikanterweise war das Tuch auf dem Tisch, vor dem der Ministerpräsident stand, grün ... da grünte ich in mich hinein.

Rico Gebhardt blickte während seiner 105 Sekunden immer mal nach unten, dann nahm »sein Hintergrund«, der saß und stand an dem Tisch, einen Schluck aus dem Weinglas oder der Bierflasche.

Am originellsten war Martin Dulig von der SPD, der hinter einem offenbar richtigen Küchentisch saß, auch mal seine Frau präsentierte und die Tischnachbarn auswechselte. Die Marketingstrategen der Grünen hatten Spitzenkandidatin Antje Hermenau einen übergroßen grünen Stuhl ins Bild gerückt, auf dem saß, als über Kitas geredet wurde – kein Politiker sagt noch Kindergarten – ein lustiger Teddy. Ja, und bei der FDP und der NPD war's dröge. Bei der FDP vorwiegend junge Claqueure und bei der NPD meist etwas ver-

biesterte Gesichtsausdrücke im Rücken des Spitzenkandidaten.

Da ich mich so lange mit diesen Petitesse aufhalte, liegt einfach daran, dass die MDR-Idee, sechs Politiker, die sich an jenem Abend nicht in die Augen schauen können, sondern nur auf das Moderatoren-Kommando warten: »Bitte jetzt in 105 Sekunden!«, für einen richtigen Gedankenaustausch in Rede und Widerrede kaum taugt. Bis dieses Kommando ankam, vergingen schon jedesmal Momente, so dass alle sechs vor ihren 105 Sekunden still und etwas verunsichert in mein Wohnzimmer blinzelten und erstmal gar nichts sagten.

Eine »Fernseh-Elefantenrunde« mit den Sechs war offenbar nicht möglich oder nicht gewollt. Es gab eine abgespeckte in Dresden, ohne MDR, durch drei Tageszeitungen organisiert und von denen als »Paukenschlag« gefeiert. Ja, auch der war offenbar ein schwierig Ding, als zwei, CDU und DIE LINKE, auf die Pauke hauen wollten und von drei Redakteuren aus Dresden, Chemnitz und Leipzig befragt wurden.

War's das? Ja, das war's! Dann lieber vor Ort auf die Kandidaten zugehen und an den Ständen fragen, ja, durchaus auch löchern. Es gab da Möglichkeiten.

• Michael Zock



Da muss noch roter Pfeffer dran, finden Antje Feiks und Werner Kujat

Partei hautnah

Gregor Gysis Schlips erhält einen Linksruck



Wahlkampf

Menschen und Momente

Fotos: Gerd Eiltzer



Neben Katja Kipping bekommt Franz Sodann rote Ohren



Mikrofonist Dietmar Pellmann erheitert Landtagskandidaten

Wahlbenachrichtigung

für die Wahl zum Sächsischen Landtag

Wahltag: Sonntag, 31.08.2014

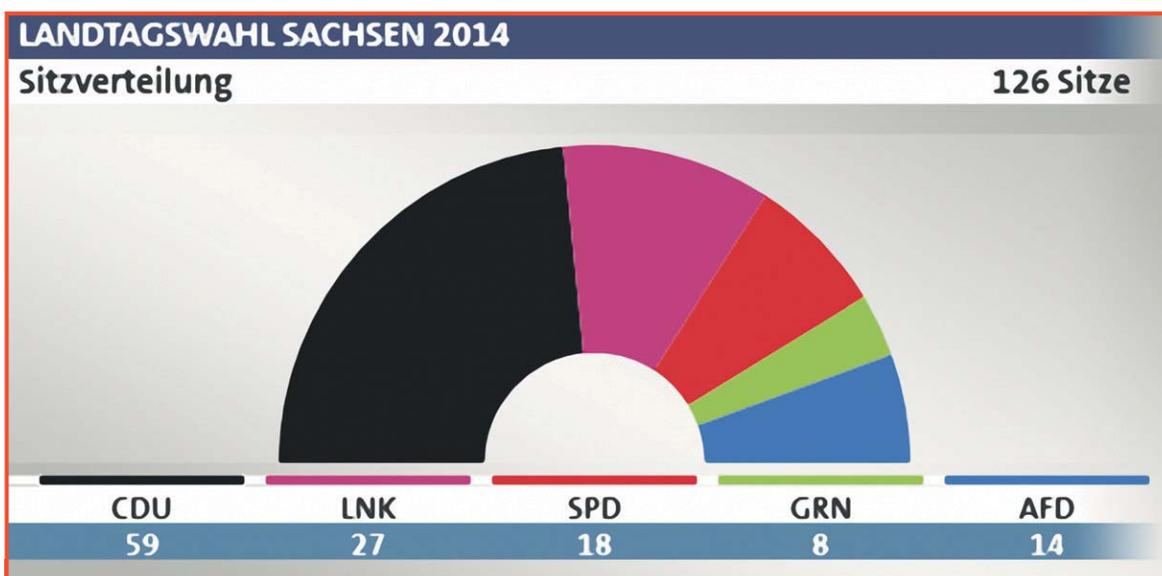
Wahlzeit: 8.00 bis 18.00 Uhr

Hier ist unser Platz für Ihr persönliches Wahlerlebnis



Wir dürfen noch nicht wählen, dafür Memory spielen

Nach Bekanntgabe des herausragenden Wahlergebnisses für Juliane Nagel, die mit 8922 Stimmen als die einzige Direktkandidatin der Linken in den Sächsischen Landtag einzieht, Streicheleinheiten von ihrer Mutter



Wahlergebnis

Angaben: ARD INFRATEST dimap und Sächsisches Landeswahlbüro

LEIPZIGER KANDIDATEN

Wahlkreis 27
Sophie Dieckmann, 6017 Stimmen
Wahlgewinner CDU/ 9518 Stimmen

Wahlkreis 28
Juliane Nagel, 8922 Stimmen
Einziges Direktmandat für LINKE

Wahlkreis 29
Dietmar Pellmann, 7720 Stimmen
Wahlgewinner CDU/8092 Stimmen

Wahlkreis 30
Volker Külow, 6401 Stimmen
Wahlgewinner CDU/ 6718

Wahlkreis 31
Skadi Jennicke, 6685 Stimmen
Wahlgewinner CDU/ 7151

Wahlkreis 32
Cornelia Falken, 6003 Stimmen
Im Landtag durch Listenmandat
Wahlgewinner CDU/ 8429

Wahlkreis 33
Franz Sodann, 5705 Stimmen
Im Landtag durch Listenmandat
Wahlgewinner CDU/7171 Stimmen

Marco Böhme, Cornelia Falken und Franz Sodann sind durch die Linke Landesliste im Parlament vertreten, Juliane Nagel durch ihr errungenes Direktmandat in Leipzig-Süd. Alle anderen Kandidaten sind nicht (mehr) im Landtag vertreten.

Der Wahlkampf und Wahltermin während der Ferienzeit haben zu dem Ergebnis beigetragen.
RICO GEBHARDT, DIE LINKE

Die geringe Wahlbeteiligung ist beschämend für unser Land.
MARTIN DULIG, SPD

Ich werde mit der SPD und den Grünen reden.
STANISLAW TILLIG in der ARD über eine künftige Regierung

Warum sind Sie nicht zur Wahl gegangen?
Es gibt zu viele Parteien, aber keine, die etwas verändert.
Meinungsumfrage von INFRATEST dimap

Erste Meinungen nach dem Ergebnis am Wahlsonntag



Foto: Paul

S / Strittige Vermögensverhältnisse

Das Job-Center Leipzig wirft dem 40-jährigen Steffen K. vor, die Offenlegung seiner Vermögensverhältnisse verweigert zu haben. Es geht um Unterhaltszahlungen für zwei Kinder, deren Mutter arbeitslos ist. Er verweigert ein Bußgeld in Höhe von 250 Euro. Deshalb steht der ledige Automobilverkäufer vor den Schranken des Amtsgerichts.

Steffen K. habe seit März 2013 insgesamt drei Schreiben mit Zustellungsurkunde erhalten, auf die er nicht reagierte. Er behauptet mehrfach nachdrücklich und mit Unschuldsmiene, keines der Schreiben erhalten zu haben. Das ist nun wirklich kaum zu glauben.

Schlüssiger ist da schon sein Nachweis, dass er das Amt für Familie über seine Vermögensverhältnisse informiert hat und in einem krassen Anflug von Unbedarftheit annahm, die beiden Behörden würden schon irgendwie miteinander kommunizieren und Daten austauschen. Was für ein gutgläubiges Hoffnungsdenken an die deutsche Bürokratie. Vielleicht hat er das auch nur mit dem BND und der NSA verwechselt ...

Steffen K. ist gewiss kein böser und geiziger Rabenvater. Er würde für seine Kinder schon zahlen, wenn er denn könnte. Er verdient monatlich rund 1000 Euro netto und muss über 400 Euro Miete zahlen. Viel bleibt da nun wahrlich nicht übrig. Aber die Kinder haben ein natürliches Recht auf Unterhalt. Das weiß auch Steffen K.

Aber darum geht es hier ja letztendlich gar nicht so richtig. Hier fühlt sich eine Behörde brüskiert und verfügt ein Bußgeld, das auch noch verweigert wird. Der Richter redet nachgerade mit Engelszungen auf den Angeklagten ein. Für den sind die angebotenen Optionen die Wahl zwischen Pest und Cholera. Am Ende beschränkte er seinen Einspruch auf die Höhe des Bußgeldes.

Der Richter entscheidet auf 200 Euro. Alle Beteiligten sind halbwegs zufrieden. Ob die beiden Kinder davon glücklicher werden, darf man getrost bezweifeln. Aber darum geht es ja gar nicht ...

FRANZ HASE

Nachdenken über Akten



Straßenbahnhaltestelle »Michaeliskirche« am Nordplatz Foto: T.B.

Die Akten in der prächtigen Leipziger Michaeliskirche sind umfangreich und spiegeln vieles aus dem letzten Jahrhundert deutscher Geschichte in einem der reichsten Viertel der damals reichen Stadt wider: Grüße, Quittungen, Mahnungen, Dank für Spenden und vieles anderes mehr. Beim Staubwegblasen und Lesen überkommt einen ein eigenartiges Gefühl für die Geschichte dieses Landes, die oft so irrational scheint. Nur ein Gefühl, kein Wissen, bin ich doch kein Mitarbeiter der einstigen Firma Gauck, die dank ihrer Akteneinblicke meint, genau zu wissen, wie etwas war!

Zehn Jahre Gemeindegründung (1896) waren dem ersten Pfarrer Georg Buchwald, zwei Jahre nach Fertigstellung der Kirche, ein faszinierendes Büchlein wert, in dem er Entstehen von Gemeinde und prachtvollem Kirchbau nachvollzog. Am 18. Oktober 1913 hatten zum

Gedenken an die 100 Jahre vorher geschlagene Völkerschlacht alle Kirchen eine Stunde lang zu läuten, die Gotteshäuser flaggten. Dass – politisch gesehen – die Sachsen zu den Unterlegenen gehörten, denen dann ja auch über die Hälfte ihres Landes weggenommen wurde, nahm niemand zur Kenntnis. »Sedantag« und anderes vaterländisches Zeug spielten eine große Rolle in den Akten. Zum Geburtstag seiner Majestät, des Kaisers, lautet die Formulierung: »ist wie folgt zu begehen«. Das kommt einem bekannt vor.

Nach einem ersten Vierteljahrhundert der Gemeindeexistenz klingen die Töne gedämpft. 1921 ist man Geschlagener. Auch in dieser Gemeinde beweinen viele ihre Söhne, Männer, Väter. »Verhängnis« heißt der Krieg beschönigend. Und der ehemalige Pfarrer, inzwischen andernorts in Sachsen Superintendent, wird zum Fest geladen. Die Geistlichen trauern überdies um die Rolle der Kirche, die mit der Revolution ihre Stellung als Staatskirche verloren hatte. Viele Mitteilungen sind auf die Rückseiten von Handzetteln geschrieben, auf denen für eine Frauengruppe im Zweigverein des Evangelischen Bundes für Leipzig und Umgebung geworben wird. Nicht nur geworben: Protestieren sollen die gläubigen Frauen gegen Ultramontanismus (womit der Katholizismus mit seinem hinter den Bergen herrschenden Papst gemeint war) und gegen zersetzenden Unglauben.

Ohne Wertung fällt dagegen die Information aus, dass von den drei 1903 begeistert geweihten Glocken nur noch eine blieb, da 1917 die beiden anderen zum Einschmelzen geholt wurden. Mit dem späteren Wissen fragt man sich: Haben die Leute, die dauernd Gott im Munde führen, wirklich nicht gewusst, wozu ihre Glocken missbraucht wurden? Glaubten sie 1917 und gar 1921 noch immer die vaterländischen Phrasen? Natürlich weiß ich, dass sie geglaubt haben, sonst wäre deutsche Geschichte nicht so, wie sie verlaufen ist. Schwer vorstellbar bleibt's.

1929 am Vorabend der Weltwirtschaftskrise – die Kirche steht 25 Jahre – offenbaren die Akten eine andere Stimmung: Die Eingeladenen reagieren sehr verschieden. Der Oberbürgermeister macht Urlaub, der Oberst vom geistlich betreuten Regiment muss an sportlichen Wettkämpfen seiner Truppe teilnehmen. Der erste Pfarrer sagt ebenfalls wegen Verhinderung ab. Handelsvertreter Cuno schreibt dagegen: »...obwohl ich nicht weiß, wie ich zu der unverdienten Ehre komme, wer-

de ich nicht verfehlen, pünktlich zu erscheinen...« Das neue Establishment steht.

Es folgt die 40-Jahr-Feier der Gemeinde 1936. Kein musikalisches Werk von Felix Mendelssohn-Bartholdy befindet sich mehr – wie 1921 – auf dem Programm. Die Kirche hat nichts zu tun mit der barbarischen Forderung: Der Jud' muß weg! Deshalb steht darüber auch nichts in den Akten. Aber da wird auch für die Gemeinde nachgefragt und versichert, dass weder als Musiker noch Choristen Leute beschäftigt werden, die unter das »Reichsbürgergesetz« fallen. Die spezifische deutsche Form der Massenvernichtung, die mit Akten und deren bürokratischer Erfüllung erst funktionierte, wurde auch von den Geistlichen brav befolgt.

Die meisten Einladungen jener Zeit sind mit »Heil Hitler!« unterschrieben, die Antworten auch. Manche – selbst Geistliche – setzen noch hinzu »mit deutschem Gruß«. Als das im – wie es heute heißt – vorauseilenden Gehorsam geschrieben wurde, waren die Nazis ganze drei Jahre an der Macht. Von der dezidierten Nichtteilhabe an der gesellschaftlichen Wirklichkeit, wie sie in vielen DDR-Jahren von kirchlichen Amtsträgern zur Schau gestellt wurde, war nichts zu spüren. Antifaschisten im Talar, die es bekanntlich gab, in dieser »normalen« Leipziger Gemeinde waren sie offensichtlich nicht beheimatet.

Zur 50-Jahr-Feier der Gemeinde unterzeichnete der seit 1929 stetig die Seelen des Kirchspiels betreuende Pfarrer wieder mit »brüderlichem Gruß«. Man spielte Mendelssohn-Bartholdy, und in einem ersten Konzept war sogar etwas besonders Anspruchsvolles des Komponisten vorgesehen. Die Realisierung mag am Mangel an Spitzenmusikern 1946 gescheitert sein. Jedenfalls widerspricht das deutlich der Behauptung, Mendelssohn sei erst um 1960 wieder in die Konzertsäle zurückgekehrt, weil die Kommunisten ebenso antisemitisch gewesen seien wie die Nazis. Hier hat einer um das Verwerfliche des Anti-Judentums gewusst und eben deshalb Mendelssohn-Bartholdy besonders ehren wollen. Das freilich steht nicht in den Akten.

Wie denn Akten allein nie »die Wahrheit« enthalten dürften, weil sie eben menschengemacht sind und damit Fehler, Vorurteile, Halbwahrheiten, Schönfärbereien und dergleichen enthalten, mit denen Menschen sich im Alltag ebenfalls begeben.

•Tom Beck

»Es gibt zwar ein Gesetz, aber die Lebenslagen sind unterschiedlich.«

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) plant eine Hartz-IV-Reform, über deren Inhalte eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe am 2. Juli einen Abschlussbericht erstellt. Die Diskussion der Reform wird im Herbst fortgesetzt. Sie soll voraussichtlich im Frühjahr 2015 in Kraft treten. »Leipzigs Neue« sprach mit den Mitarbeitern der Kirchlichen Erwerbsloseninitiative Leipzig (KEL) über ihre Sicht und Erwartungen.

● Halten Sie eine Reform von Hartz IV für notwendig?

Wenn es Verbesserung gibt, sind Reformen immer gut. Wir erleben in der Praxis oft, dass Regelungen nicht an die Lebensverhältnisse der Menschen angepasst sind. Deswegen ist das SGB II kompliziert.

Ich würde eine grundsätzliche Reformnotwendigkeit darin sehen, dass die Grundsicherung, die im SGB II beschrieben ist, bedingungslos sein muss und nicht mit Sanktionen belegt werden darf. Damit wäre ein großer Schritt in Richtung Rechtssicherheit getan. Im Bundessozialhilfegesetz ist davon ausgegangen worden, dass dem geholfen wird, der in Not ist. Nach SGB II muss ich beweisen, dass ich in Not bin, und werde verdächtigt, dass das unter Umständen gar nicht stimmt oder ich Dinge unterlassen habe, die mich aus der Bedürftigkeit heraus bringen. Dadurch ist die Mitwirkungspflicht häufig so kompliziert, dass Leute schon deshalb aufgeben.

● Die Ergebnisse der Beratungen werden vor der Öffentlichkeit geheim gehalten mit der Begründung, »vorzeitiges Offenlegen könne Beratungen beeinträchtigen oder bevorstehende behördliche Maßnahmen veriteln«.

Ich halte das für völlig intransparent. Es geht hier um einen Großteil der Bevölkerung. Aber nach dieser Maßgabe sind das Halbverbrecher, denen man nicht sagen will, was man geplant hat, weil sie das ausnutzen könnten.

Im Gegenzug gibt es einen Aufruf von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, die sich mit dem Gesetzeswerk auseinandersetzen und unter Umständen im Vorfeld Einwände dagegen einlegen. Mat hat auch generell die Wohlfahrtsverbände oder Gewerkschaften, die tagtäglich mit Betroffenen arbeiten, viel zu wenig einbezogen.

● Der 21-seitige Abschlussbericht gelangte an die Öffentlichkeit. In welcher Hinsicht sehen Sie Verbesserung oder Verschlechterung der

Situation von Hartz-IV-Bezieher:innen?

Es gibt einige Verbesserungen, wie die Verlängerung des Bewilligungszeitraumes von sechs auf zwölf Monate. Die Leute sind sowieso angehalten, zwischendurch alle Änderungen in ihren persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse mitzuteilen. Die Verlängerung spart einen erheblichen Verwaltungsaufwand.

Dann gibt es eine Neugestaltung der Darlehensvergabe. Wer zu spät seine Leistungen beantragt oder im Moment kein Geld hat, kann bisher einen Vorschuss beantragen. Der wurde im nächsten Monat von der Leistung abgezogen. Jetzt zahlt das Jobcenter ein zinsloses Darlehen und es wird nur zu zehn Prozent auf die Leistung des kommenden Monats aufgerechnet, bis es abgezahlt wurde.

Aber es gibt auch viele Verschlechterungen, wie es immer ist. Zum Beispiel ist ein großer Nachteil, dass man Selbstständige nach 24 Monaten nicht mehr fördert. Es gibt viele Selbstständige, dazu gehören Honorarkräfte an Universitäten, die von ihren eigenen Einnahmen nicht leben können. Die kriegen aufstockendes ALG II und sind damit auch krankenversichert. Nach der neuen Regel müssen diese Selbstständigen sich nach zwei Jahren auf dem offiziellen Arbeitsmarkt vermitteln lassen.

● Schlechter werden auch die neuen Regeln der Bedarfsgemeinschaft.

Bisher ist es so, dass Paare, die zusammenziehen, ein Jahr Zeit haben, bevor ein Partner für den Lebensunterhalt des anderen aufkommen muss. Jetzt werden beide vom ersten Tag an als eine wirtschaftliche Gemeinschaft verstanden, die für einander aufkommen muss. Ganz wesentlich ist auch der Wegfall der temporären Bedarfsgemeinschaft. Das heißt, leben Eltern getrennt und hat einer der Eltern zeitweise ein Kind bei sich, bildet er mit dem Kind eine temporäre Bedarfsgemeinschaft und konnte in der Zeit für das Kind einen Mehrbedarf beanspruchen. Meistens ist der Umgang zwischen den Eltern schon sehr problema-



Für viele Leipziger kein Ort der Zuversicht: Das Jobcenter.

Foto: Gerd Eiltzer

tisch, für die Betroffenen wird die Situation noch schwerer.

Unklar sind die Vereinfachungen im Verfahrens- und Sanktionsrecht. Man will Unter-25-jährige und Über-25-jährige einheitlich sanktionieren. In welche Richtung soll das gehen? Zum Vorteil oder zum Nachteil der Über 25-jährigen. Unter 25-jährigen werden stärker und schneller sanktioniert.

Man will eventuell die Möglichkeit abschaffen, einen Überprüfungsantrag rückwirkend stellen zu können. D.h. jede Änderung der Bedarfsrechnung wird erst ab dem Zeitpunkt des Antrages wirksam und Mehransprüche werden nicht rückwirkend ausgezahlt. Das Amt kann vier Jahre rückwirkend überprüfen, der Betreffende zurzeit nur ein Jahr.

● Die Pauschalisierung der Unterkunftskosten ...

... ist ebenso problematisch. Hier soll ein einheitlicher Satz festgelegt werden, eine Obergrenze, bis zu der von Jobcenter Miete voll übernommen wird. Auch hier werden Einzelfälle, wie Krankheit oder Behinderung, nicht mehr beachtet. Einzelfallentscheidungen werden fast immer mit Erfolg noch einmal geprüft, wenn eine Ablehnung nicht stichhaltig begründet ist.

Schlecht ist auch der Umgang mit dem Ehrenamt. Bisher gibt es einen Grundfreibetrag aus ehrenamtlicher

Tätigkeit von 200 Euro. Erzielt jemand aus dem Ehrenamt weniger, geht aber noch einer anderen Beschäftigung nach, bleiben 200 Euro als Freibetrag, d.h. er wird auf die Regelleistung nicht angerechnet. Dadurch sollte anerkannt werden, wenn sich jemand ehrenamtlich engagiert und eine zusätzliche Arbeit hat. Jetzt soll der Freibetrag auf das Ehrenamt begrenzt werden.

● Fühlen Sie sich als Beratungsstelle auf die bevorstehenden Änderungen vorbereitet?

Ich würde sagen, das ändert sich nicht zu der Arbeit, die wir schon machen. Sie könne sich gar nicht vorstellen, was für unterschiedliche Fälle hier ständig ankommen. Es gibt zwar das eine Gesetz, aber die menschlichen Lebenslagen sind so unterschiedlich. Deshalb suchen die Menschen die Beratung auf.

Wahrscheinlich wird die Reform unterschiedlich durchgeführt, auch wenn sie einheitlich beschlossen wird, bis sich das durchsetzt auf der letzten Ebene. Da werden noch viele Fehler passieren und wir werden nach wie vor gefragt sein. Dass die Arbeit weniger wird, glaube ich nicht.

● Interview: Saskia Wieck

Das vollständige Interview auf: www.leipzigs-neue.de

Gedenktafel geschändet

Halt! Stehenbleiben!

Frauen-KZ Schönau

Auf dem Gelände der Parkallee befand sich in den Jahren 1944/45 eine Außenstelle des Konzentrationslagers Buchenwald.

500 Frauen waren hier als Zwangsarbeiterinnen in Baracken eingepfercht.

Freie Schule Leipzig

BfA Leipzig e.V.

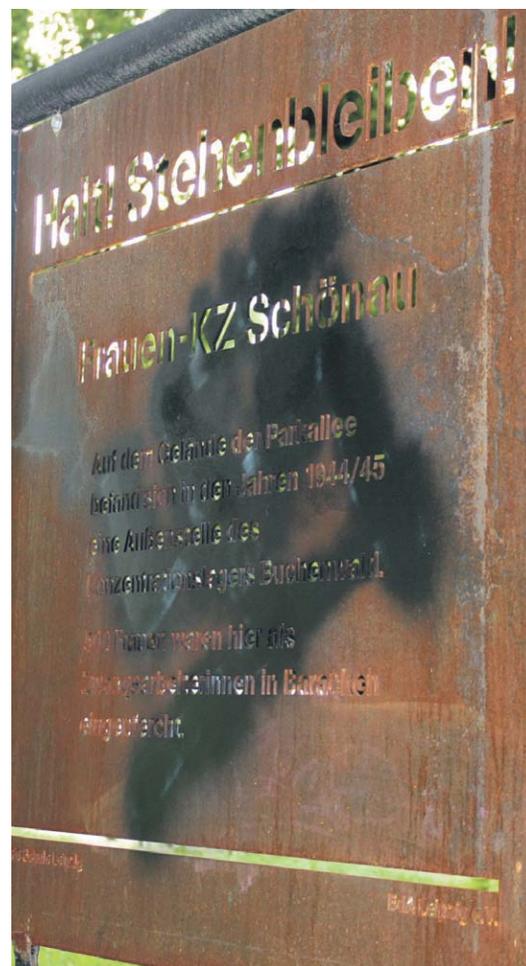
Gestalteter Text auf der Gedenktafel

Die auf Initiative der Freien Schule Leipzig, der Gruppe »Grünau hat Geschichte« und des Bundes der Antifaschisten Leipzig aus Anlass des 15. Gedenkmarsches zur Erinnerung an die Todesmärsche in Leipzig und dem Umland am 4. Mai installierte Gedenktafel wurde in den frühen Nachmittagsstunden des 29. August von Unbekannten mit einem leuchtend blauen Hakenkreuz verunstaltet. Es kam zu Reaktionen, und kurze Zeit darauf hatten Leipziger mit schwarzer Farbe das Schandmal optisch verschwinden lassen, doch das nebenstehende Foto zeigt noch ganz deutlich die Konturen.

Dieser unglaubliche Vorgang beweist wiederum, dass Aktionen rechtsextremer Gruppierungen nicht der Vergangenheit angehören. Deshalb muss das Bewusstsein in der Bevölkerung für die Geschichte wachgehalten werden, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Neonazis ist anzuerkennen und die Demokratie stark zu machen.

Anzeige gegen Unbekannt wurde erstattet, der Staatsschutz ermittelt.

Text und Foto: G. Peinel



10. August

Görlitz: Das zu Ende gegangene Internationale Straßentheaterfestival »ViaThea« verzeichnet rund 70 000 Besucher. Künstler aus zehn Ländern zeigten auf Straßen und Plätzen der Stadt 28 Inszenierungen.

12. August

Lengefeld: Die Fichtelberg-Schwebbahn sowie die Fichtelbergbahn und das Kalkwerk Lengefeld gehören zur »Route der Industriekultur« und zählen zu den 51 ausgewählten Objekten für eine Zeit, in der Sachsen als stärkste Industrieregion Deutschlands galt.

14. August

Niesky: Eine Wanderausstellung im Konrad-Wachsmann-Haus über Bauten der Moderne im Dreiländereck zeigt die Geschichte von Gebäuden aus dem frühen 20. Jahrhundert, von denen viele kaum bekannt sind. Die Ausstellung ist Teil des Projekts »Topographie der Bauten der Moderne«.

15. August

Zwickau: Ein Schwarm Fledermäuse quartiert sich in der Nacht in der Polizeidirektion ein. Etwa 50 Tiere gelangten über ein offenes Fenster in das Gebäude, konnten aber am Morgen wieder verschucht werden.

Großpöna: Das 17. Highfield-Festival beginnt am Störnthaler See. Auf der Magdeborner Halbinsel spielen etwa 40 Bands; die Veranstalter erwarten bis zu 25 000 Rockmusik-Fans.

SACHSENCHRONIK von Helmut Ulrich

16. August

Grumbach: Auf der Grumbacher Deponie sollen 2 000 Tonnen des Bauschutts aus dem stillgelegten Atomkraftwerk Stade eingelagert werden. Nach Protesten von Anwohnern und Umweltverbänden lädt das sächsische Umweltministerium die Bürgerinitiative Grumbach zu Kontrollmessungen der Radioaktivität ein.

17. August

Annaberg: Die ersten Weihnachtstollen der Annaberger Backwaren GmbH werden nach Kanada ausgeliefert. Die Annaberger Firma will bis Dezember über 200 000 Stollen backen, die in mittlerweile 35 Ländern gefragt sind; eine Lieferung geht erstmals nach Singapur.

18. August

Dresden: Die Parteien Linke, SPD, Grüne und Piraten kündigen eine Kooperationsvereinbarung für eine engere Zusammenarbeit im Stadtrat an mit dem Ziel, die CDU in die Opposition zu drängen. Die vier Parteien haben zusammen 37 von 70 Sitzen im

Stadtparlament und wollen damit von der bürgerlichen Mehrheit getroffene Entscheidungen revidieren.

Leipzig: Vor genau 75 Jahren, am 18. August 1939, verschickte der Reichsminister des Inneren einen streng vertraulichen Runderlass, nach dem Ärzte, Hebammen, Kinderkrankenhäuser und Entbindungsanstalten ab sofort Meldung über »missgebildete« Kinder machen mussten, die nach der Rassenideologie der Nazis »nicht lebenswert« waren. Leipzig gilt dabei als das Zentrum der Kinder-Euthanasie-Verbrechen; ein Prof. Dr. Catel entschied hier über Leben und Tod. Nach Untersuchungen von Historikern sind im ehemaligen Parkkrankenhaus Leipzig-Dösen, der damaligen Heil- und Pflegeanstalt, zwischen 1940 und 1943 mindestens 551 Kinder und Jugendliche im Rahmen der Kinder-Euthanasie getötet worden. Im gesamten Reichsgebiet wurden Kinderfachabteilungen neu gegründet, in denen nach Schätzungen mindestens 5 000 Kinder und

Jugendliche mit Diagnosen, wie Monogolismus oder Lähmung umgebracht wurden.

24. August

Oberlausitz: Mit einer Menschenkette, die von Brandenburg bis Polen reicht, fordern Kohlegegner, den Abbau von Braunkohle zu stoppen. Bei einem weiteren Abbau müssten in der Lausitz über 2 000 Menschen ihre Häuser verlassen, und auf der polnischen Seite wären es mehr als 3 000.

25. August

Dresden: Auf eine »Kleine Anfrage« der Grünen-Fraktion bestätigt das Umweltministerium, dass die Braunkohlekraftwerke in Sachsen im vergangenen Jahr mehr als 800 Kilogramm Quecksilber ausgestoßen haben. Dabei entfallen auf das Kraftwerk Lippendorf 410, und auf das Kraftwerk Boxberg 370 Kilogramm. Angesichts dieser Werte ist eine Verschärfung der Grenzwerte, die 30 Mikrogramm pro Kubikmeter Abgas betragen, dringend erforderlich.

27. August

Meißen: Der Stadtrat fordert die Porzellanmanufaktur auf, die Ortsbezeichnung »Meißen« als Marke freizugeben, sonst will die Stadt ihre Löschung beim Marken- und Patentamt beantragen. Die Manufaktur hat sich den Ortsnamen schützen lassen und geht seitdem juristisch gegen Firmen vor, die für ihre Produkte mit der Ortsangabe werben.

Politik und mehr

Soziales Jahr bei der RLS Sachsen

Für alle, die nach der Schule nicht gleich eine Ausbildung oder ein Studium aufnehmen möchten, für alle, die sich neu orientieren möchten und für alle, die zwischen 16 und 26 Jahren alt sind, gibt es die Möglichkeit ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) zu absolvieren. Ein Soziales Jahr kann man in verschiedenen Bereichen absolvieren. Neben »Pflege und Soziales« sowie »Kultur« gibt es auch den Schwerpunkt »Politik«. Seit letztem Jahr ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen Einsatzstelle für das politische Bildungsjahr, das Jugendlichen ermöglicht, Politik aus der Nähe zu betrachten und selbst aktiv zu werden. Am 1. September starten wir nun in die zweite Runde.

Was bieten wir als Stiftung? Neben Einblicken in die politische Bildungsarbeit, gibt es die Möglichkeit, ein eigenes Projekt zu realisieren, einen eigenen Arbeitsplatz, Weiterbildungsangebote, die Chance, viele spannende Menschen und Projekte kennenzulernen. Die Sächsische Jugendstiftung als Trägerin der FSJ Politik unterstützt die Freiwilligen mit pädagogischer Begleitung und Seminarwochen.

Ziel des Freiwilligen Sozialen Jahres Politik ist es, jungen Erwachsenen Wissen und »Handwerkszeug« mitzugeben, um selbst politisch mitgestalten zu können.

Weitergehende Informationen zum FSJ Politik in Sachsen und zum Bewerbungsverfahren gibt es unter:

<http://www.saechsische-jugendstiftung.de/machen-statt-meckern>

Grenzüberschreitungen

Deutsche Pazifistinnen im Gespräch mit Romain Rolland

Vor 100 Jahren brach der Erste Weltkrieg aus, vor 75 Jahren der Zweite. Begleitet und vorbereitet wurden die Kriegshandlungen durch eine »ideologische Mobilmachung«, der sich viele Prominente aus Wissenschaft, Presse und Kunst anschlossen. Nicht so Romain Rolland, während des Ersten Weltkrieges in der Schweiz lebend, war er die moralische Instanz der Kriegsgegner/innen Europas und zeichnete in seinen Tagebüchern auf, wie sich der »Krieg der Geister« vollzog.

In einen Gedankenaustausch mit ihm traten: Thea Sternheim, Annette Kolb, Frida Rubiner und Lilli Jannasch.

Diese Tagebuchaufzeichnungen sind Gegenstand der Lesung.

Mit **Franz Sodann, Schauspieler**
und **Prof. Dr. Klaus Schuhmann,**
Literaturwissenschaftler
Schaubühne Lindenfels, Grüner Salon,
Karl-Heine-Straße 50, 04229 Leipzig

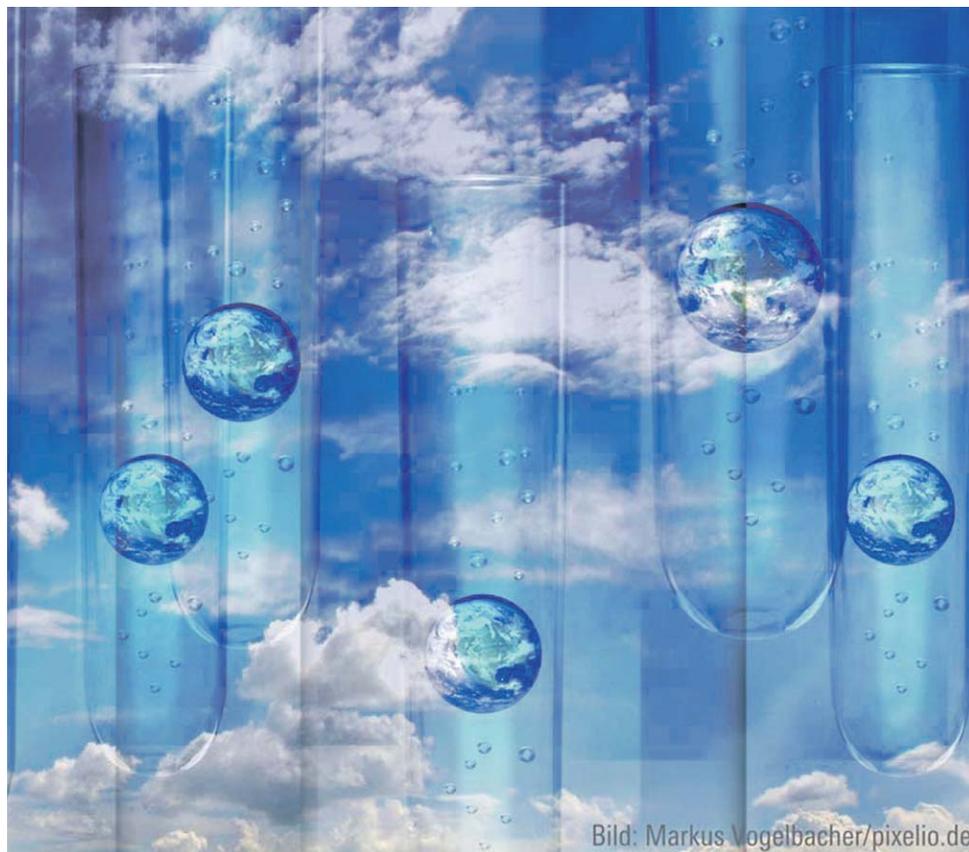


Bild: Markus Vogelbacher/pixelio.de

Wie gelingt gesellschaftlicher Wandel?

Transformation hin zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz

Mit Prof. Dr. Felix Ekardt

Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik Leipzig,
Universität Rostock

Moderation: **Dr. Dietmar Lohmann**, HdK Dresden e.V.

Eine Kooperationsveranstaltung des HdK Dresden e.V., Sachsen im Klimawandel, dem Europabüro der MdEP Dr. Cornelia Ernst und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

Mittwoch, 10. September, 19.00 Uhr

Vortrag und Diskussion

Altes Wettbüro, Antonstraße 8, 01097 Dresden

Nachhaltigkeit als Alternative zum Wachstumsdenken sichert neben Glück und Zufriedenheit eine friedliche Welt. Professor Felix Ekardt, Jurist, Soziologe und Philosoph, Leiter der Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik in Leipzig und Professor an der Uni Rostock forscht und berät seit langem auch zu der Frage, wie Wandel individuell und kollektiv möglich wird.

Podiumsdiskussion

„KEINE GEWALT! - WIR SIND DAS VOLK“

Am: 8. Oktober 2014, 18.00 Uhr

In: Aula der Alten Nikolaischule, Nikolaikirchhof 2, 04109 Leipzig

Neben den Leipziger Sechs BERND-LUTZ LANGE, Dr. KURT MEYER, Dr. ROLAND WÖTZEL und Dr. PETER ZIMMERMANN wird Altmagnifizienz Prof. Dr. CORNELIUS WEISS anwesend sein.

In einer Podiumsdiskussion mit den Zeitzeugen wird das dramatische Geschehen vor 25 Jahren rekonstruiert, der Mut der Demonstranten herausgestellt und die Zivilcourage der „Leipziger Sechs“ gewürdigt.

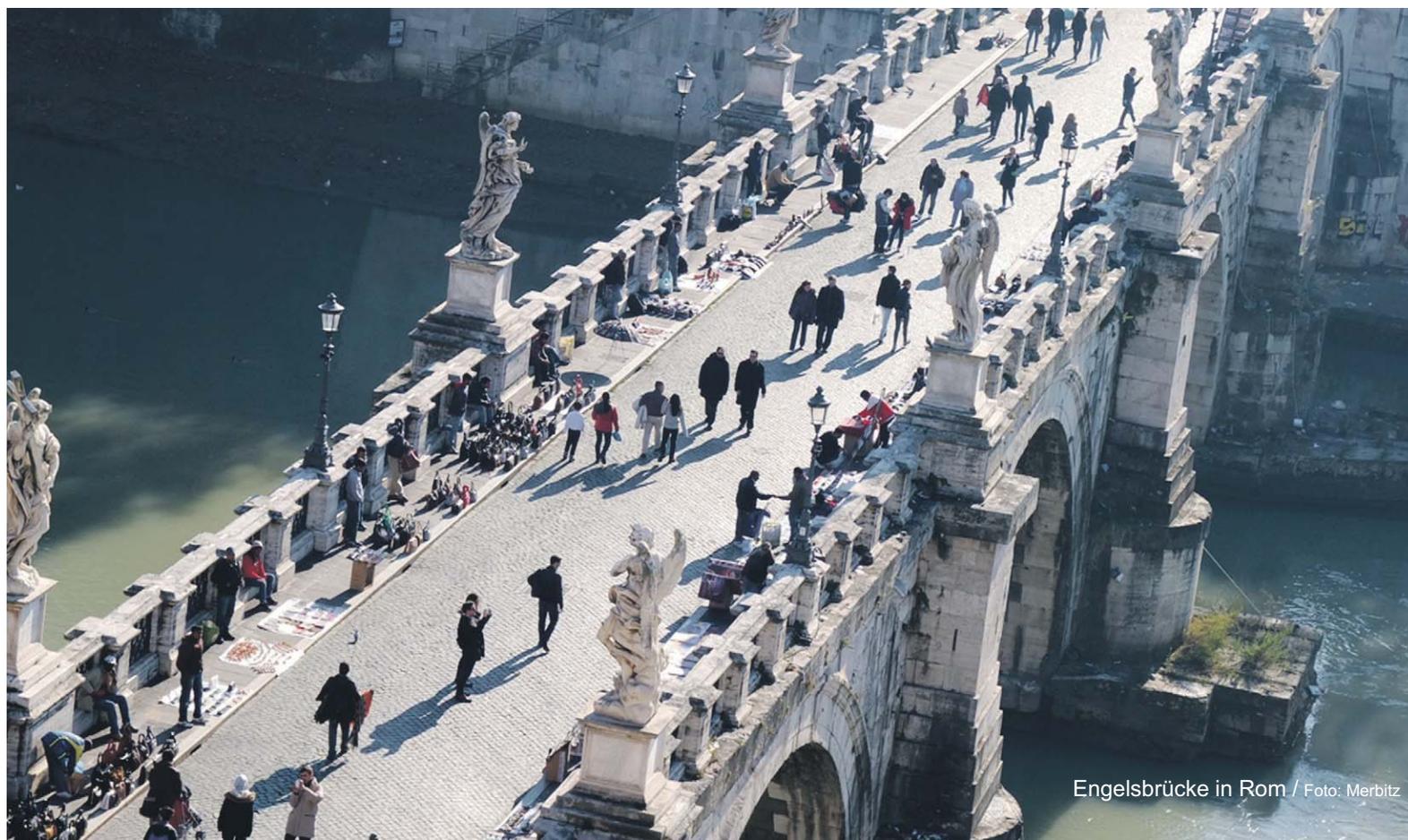
Die Debatte moderieren die Zeithistoriker Dr. DETLEF NAKATH und GERT-RÜDIGER STEPHAN.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG SACHSEN

Bild: Bundesarchiv Bild 183-1989-1023-022 Friedrich Gähbeck (CC-BY-SA 3.0)

Telefon: 0341 998631
Fax: 0341 22540077
Email: info@rosalux-sachsen.de
www.sachsen.rosalux.de

Harkortstraße 10
04107 Leipzig



Engelsbrücke in Rom / Foto: Merbitz

Rom ohne Bernini ist nicht möglich

Daniel Merbitz im Gespräch mit Dr. Jeannette Stoschek, Kuratorin der Bernini-Ausstellung und Leiterin der Graphischen Sammlung des Museums der bildenden Künste Leipzig

• Leipzig und Bernini – wie passt dies zusammen?

Sehr gut. Leipzig besitzt neben der päpstlichen Sammlung im Vatikan und der Kollektion Queen Elizabeths II. in Windsor Castle eine sehr große Sammlung an Bernini-Zeichnungen. 1714 erwarb die Stadt von Prior Francesco Antonio Renzi ein großes Konvolut an Klebebänden mit italienischen Barock-Zeichnungen. In einem Band waren zahlreiche Bernini-Zeichnungen. Sie kamen in die Bestände der damaligen Ratsbibliothek, (heute Stadtbibliothek) gerieten in Vergessenheit und wurden 1914 von einem findigen Bibliothekar wieder entdeckt. 1954 wurden diese Konvolute dem Museum der bildenden Künste übergeben und sind seitdem ein wichtiger Sammlungsbestand des Museums. Somit ist Leipzig der richtige Ort in Deutschland für eine Ausstellung zu den Zeichnungen Berninis.

• Gianlorenzo Bernini, der Schöpfer des barocken Rom, gilt als Universalgenie. Welche Facetten werden wir in Leipzig sehen?

Ausgangspunkt für unsere Ausstellung sind die Zeichnungen aus unserem Bestand. Wir besitzen sehr

viele figürliche Darstellungen und Skizzen und Studien, die sich auf Projekte in St. Peter oder andere Kirchen in Rom oder Siena bzw. römische Brunnen beziehen lassen. Darüber hinaus wird Bernini als Porträtist vorgestellt, als Architekt, »Dekorateur« und vor allem als begeisterter Zeichner.

• Was kann und will die Ausstellung nicht leisten?

Die Ausstellung kann natürlich nicht Rom nach Leipzig transportieren. Weder die berühmten Marmorskulpturen aus der Galeria Borghese, noch den Baldachin aus St. Peter können wir ausleihen und auch den Vierströme-Brunnen auf der Piazza Navona können wir nicht nach Leipzig bringen...

• ...also das Konzept basiert vorwiegend auf den Zeichnungen...

Ja, Bernini, der begnadete Bildhauer, war ein fanatischer und exzessiver Zeichner. Er hat das Medium der Zeichnung sehr geschätzt. Für den Entwurf einer Skulptur beispielsweise war die Zeichnung stets Mittel der Ideenfindung, aber Bernini hat auch mit Tonmodellen, sog. Bozzetti gearbeitet. Es ist uns gelun-

gen aus den Vatikanischen Museen das Modell aus Terrakotta des Propheten Daniel zu bekommen. In unserer Sammlung befinden sich vier wichtige Entwurfszeichnungen zum Daniel. Der Arbeitsprozess wird somit nachvollziehbar.

• Welche neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Zusammenhänge sind während der Arbeit an der Ausstellung ans Tageslicht gekommen?

Wichtig war für den Leipziger Bestand u.a. die Auseinandersetzung mit der Erwerbsgeschichte. Fragen zum Ankauf und der Zusammensetzung des Ankaufsvolumen wurden diskutiert. Aber auch die ursprüngliche Anordnung der Zeichnungen in dem Klebeband, der seit Ende der 1920er Jahre langsam aufgelöst wurde, war von großem Interesse. Wie waren diese Zeichnungen angebracht? Wir versuchen den ursprünglichen Zustand zu rekonstruieren. Derjenige, der den Klebeband mit den Zeichnungen zusammengestellt hat, war sehr pragmatisch und hatte kein ästhetisches oder wissenschaftliches Prinzip verfolgt. Prior Renzi, der Kunsthändler, der, wie schon gesagt, 1714 den Verkauf betrieb, wird mit sehr großer Wahr-



scheinlichkeit diesen Klebeband selbst zusammengestellt haben. Er hat bedauerlicherweise Zeichnungen auseinander geschnitten

Ein Großteil der Bernini-Zeichnungen stammt aus dem Besitz von Christina, der Königin von Schweden, die 1654 abdankte und zum Katholizismus konvertierte. Sie verehrte Bernini sehr. Wir werden in einem kleinen Ausstellungsraum den Ankauf thematisieren. Aber das Wichtigste wird sein, dass wir in der



Gianlorenzo Bernini, »Kniender Engel«, 1673/1674, 20 x 20,5 cm, schwarze Kreide / Foto: MdBK

Ausstellung die Möglichkeit haben Zeichnungen aus Leipzig mit anderen wichtigen Blättern neben einander zu präsentieren, zu vergleichen und vielleicht auch so manche Zuschreibungsfrage zu diskutieren.

● *St. Peter, Petersplatz, Piazza Navona – diese Orte verbindet man mit Berninis Kunstwerken. Gibt es außerhalb dieses »Mainstreams« noch einen Geheimtipp in Rom?*

Für mich ist immer wieder faszinierend, in der Galleria Borghese die überlebensgroßen Skulpturen von Bernini zu sehen. Oder die Kirche San'Andrea delle Fratte in der Nähe der Piazza di Spagna zu besuchen, gleich neben Berninis Wohnhaus und Studio. In der Kirche stehen die beiden Engel, die Bernini für die Engelsbrücke gearbeitet hat. Und es ist tatsächlich so, Leipzig besitzt eine Zeichnung, die einen der Engel zeigt.

Dort, in der Kirche, kann man, in aller Ruhe sitzen und sich »unseren« Engel im Original anschauen. In der Nachbarschaft befinden sich auch noch Bauwerke von Francesco Borromini.

Diese Ecke in Rom ist dermaßen dicht an Spuren von Bernini und seinen Zeitgenossen, was mich immer wieder fasziniert.

Auch wenn alle die Piazza Navona kennen, es ist ein wunderschöner Platz und dort ein Eis zu essen und Berninis Brunnen anzuschauen, ist doch einfach wunderbar.

● *Bekommen wir auch die berühmte Karikatur von Papst Innozenz XI. zu sehen?*

Ja! Sie wird auch zu sehen sein. Es ist eine eigenhändige Zeichnung von Bernini, und wir sind sehr stolz auf diese Rarität.

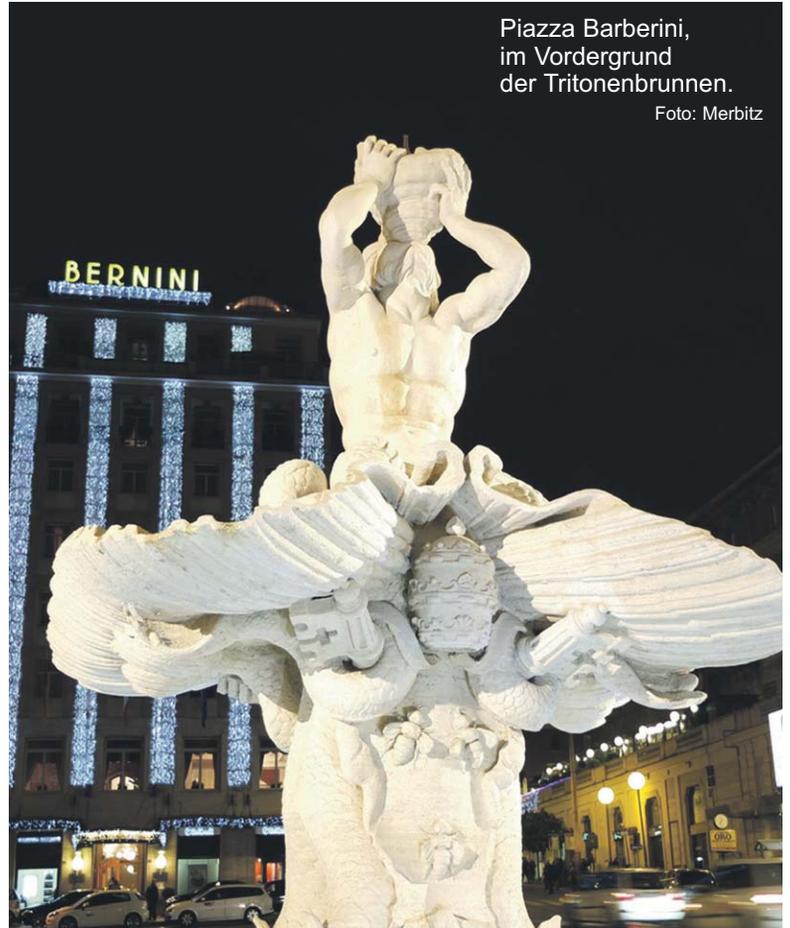
● *Die Ausstellung fällt ins zehnte Jahr des Neubaus auf dem ehemaligen Sachsenplatz. Darf man die Bernini-Schau als Geschenk an die Leipziger verstehen?*

Auf jeden Fall, wie auch jede Ausstellung ein Geschenk an die Leipziger ist. Wir planen schon ganz lange diese Ausstellung. Es ist ein wichtiger Bestand in unserem Museum. Ich freue mich auch wegen der Jahreszahlen: 1714 erworben, 1914 die erste große Publikation, 2014 wieder ein Präsentation eines Teils der Zeichnungen.

Wenn man sich für Bernini und die Barock-Kunst interessiert, ist es mehr als ein Geschenk.

● *Einzelausstellungen zu Bernini sind selten in Deutschland. Warum eigentlich?*

1981 gab es in Leipzig eine wichtige Einzelausstellung. Im Anschluss »wanderten« viele der Zeichnungen über ein Jahr durch Amerika. Es ist nicht ganz einfach mit Einzelausstellungen zu dieser Thematik. Die Zeichnungen sind empfindlich, und fragil. Daher werden sie oftmals mit anderen Werken Berninis kombiniert gezeigt. Die Leihgesuche zu Bernini



Piazza Barberini, im Vordergrund der Tritonenbrunnen.

Foto: Merbitz

waren und sind zahlreich.

● *Wie kommt man auf die Idee, eine Bernini-Ausstellung zu kuratieren? Da muss es doch eine Affinität zu Bernini geben?*

Ja, ich habe in Rom studiert. Da stolperte ich über Bernini. Rom ohne Berninis Werke ist nicht möglich. An der Universität konnte ich ein Seminar belegen. Es war ein Traum und eine Überraschung, als ich über Umwege in Leipzig landete und wieder auf Bernini traf. Mein Vorgänger Richard Hüttel wollte, nachdem Karl-Heinz Mehnert im Jahr 1981 die Ausstellung gemacht hatte, auch eine Bernini-Schau in Leipzig zeigen. Wir haben seine Idee aufgegriffen.

● *Nun zur Liste der Leihgeber. Hier stehen große Namen drauf wie der Vatikan, die Königin Elisabeth II., das British Museum, die Albertina Wien, die Uffizien Florenz und die Morgan Library New York. Wie schwer war die Überzeugungsarbeit?*

Es war und ist erstaunlich, alle waren und sind begeistert von der Idee unsere Zeichnungen mit den anderen Leihgaben für einige Zeit wieder zusammenzubringen.

● *Es gibt einen wunderbaren Platz in Rom: Piazza Barberini. Hier steht der edle Tritonenbrunnen, am Rand der Bienenbrunnen, dann das legendäre Hotel »Bernini« mit den mar-*

kanten gelben Leuchtbuchstaben auf dem Dach.

Die Ausstellung wird diesen Palazzo als zweite Station haben. Wie kam es zur Zusammenarbeit mit dieser Institution?

Da haben sich viele Dinge sehr glücklich gefügt. Es ist vor allem Sebastian Schütze zu verdanken, dass wir die Ausstellung nicht nur zusammen in Leipzig machen, sondern sie, wenn auch in gewandelter Form, Rom zeigen. Wenn ein Ort für eine Bernini Ausstellung prädestiniert ist, dann ist es dieser Palazzo.

Für Ihren
Terminkalender!

Die Ausstellung
»Bernini. Erfinder
des barocken Rom«

vom 9. 11. 2014

bis 1. 2. 2015

Museum der
bildenden Künste

Noch keine Gratulation, aber ein »Danke«

Die Filme des Regisseurs Roland Gräf jetzt auf DVD

Von Hans-Dieter Tok

Sein Name ist weitaus weniger geläufig als der von Kurt Maetzig, Frank Beyer oder Egon Günther.

Dabei hat er seit den frühen 60er Jahren wesentlich zum Profil der DEFA beigetragen. Zuerst als Kameramann, dann und vor allem als Regisseur. Gemeint ist Roland Gräf. Zeichnen sich die von ihm fotografierten Filme, so »Das siebente Jahr« und »Dr. med. Sommer II«, durch einen strikt dokumentaren Duktus aus, so ist seinen Regie-Arbeiten mehr und mehr eine poetische Bildsprache zu eigen. Das meint: Gräfs Filme drängen von purer, durchaus facettenreicher Abbildung zu konfliktreicher, hintersinniger, konfliktgeladener Erzählweise vor. Die dreiteilige Icestorm-Edition »Roland Gräf – Filmreihe« mit sechs seiner Regie-Arbeiten belegt das hinlänglich.

Bei dem Film »Mein lieber Robinson« (1971) führte Gräf erstmals Regie, zugleich aber noch und letztmalig die Kamera.

Der Film überrascht durch seine Frische, seinen Reichtum an unverstellter Realität, durch seine optischen Impressionen vielfältigster Art. Solch Unmittelbarkeit überdeckt die zu episodische, dramaturgisch zu lose Geschichte des Films. Sie erzählt von dem 18jährigen Peter Gruner, Beifahrer eines Krankentransporters, von seiner Beziehung

zur Studentin Karin, die ein Kind von ihm erwartet, und von seiner Feigheit, das seinem Vater zu gestehen. Sicher, eine kleine, von Klaus Poche aber stimmig erdachte Fabel, die bei Gräf zu einem sympathischen Exkurs ins gar nicht so einfache Erwachsenenwerden gerät – zumal der Titelheld ein »Doppeltelben« führt: Da sind Schwere wie Schönheit seines Berufs, zugleich aber seine Traumwelt, in die er sich allzu gern flüchtet.

Mit diesem »Robinson« deutet sich bereits Gräfs immenses Gespür für Besetzung und Schauspielereinführung an, das sich besonders in »Märkische Forschungen« (1982) offenbart.

Nach der Erzählung von Günter de Bruyn geht Gräf der zufälligen Begegnung des Literaturprofessors Menzel und des Hobby-Historikers Pötsch nach, die sich beide intensiv, doch höchst konträr mit einem vergessenen märkischen Dichter befassen. Aus anfänglicher Freundschaft der beiden ungleichen Männer wird alsbald Rivalität, Feindschaft gar. Unbedingte Wahrheitsliebe reibt sich mit saturiertem Opportunismus – und das aufs Heftigste und Dramatischste.

Führte Gräf im »Robinson« den Laiendarsteller Jan Bereska, der später ins Regiefach wechselte, Alfred Müller, Karin Gregorek, Käthe Reichelt zu schönen Leistungen, so sind

es hier Kurt Böwe und Hermann Beyer, denen Gräf all ihr Können abforderte und sie so zu einer Sternstunde (ost-)deutscher Schauspielkunst brachte. Wobei die weitere Darstellerphalanx mit Jutta Wachowiak, Eberhard Esche, Dieter Franke, Barbara Dittus des Zuschauers geistiges Vergnügen an diesem rabiaten, durchaus Zeitläufte spiegelnden Duell noch steigert. Nur ein Jahr später legte Gräf »Fariaho« vor, einen seiner wohl besten, zugleich schwierigsten, leider seinerzeit kaum beachteten Filme. Metaphernreich, nahezu legendenhaft begleitet der auch von Gräf gemeinsam mit Martin Stephan geschriebene Film den Weg des Puppenspielers Sebastian Fußberg durch die DDR der Endfünfziger. Er hat eine Mission mit seinen Marionetten, will sie weitergeben an die beiden jungen Leute, die mit ihm ziehen. Und er leidet an einer vermeintlichen Schuld, die in die Jahre vor 1945 reicht.

Hier ist es der polnische Schauspieler Franciszek Pieczka, den Gräf zu einer Glanzleistung führt, indem er einen Glanzvollen, antiquiert wirkenden, innerlich zerrissenen Außenseiter uns Zuschauern derart nahe bringt, so dass Gestern und Heute eine gänzlich eigenartige Symbiose miteinander eingehen. Die Filmwissenschaftlerin Erika Richter urteilte damals: »Für mich ist »Fariaho« der originellste und ge-

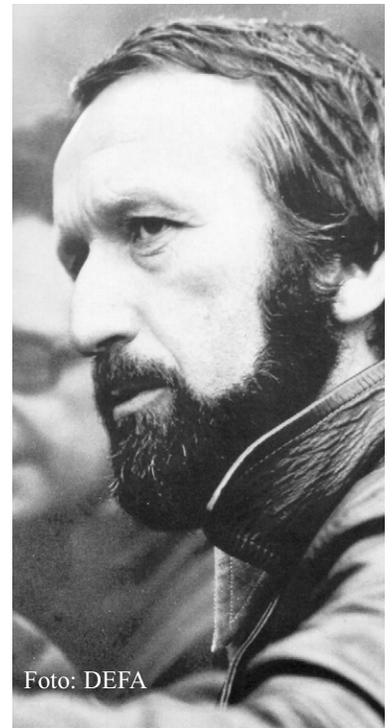


Foto: DEFA

heimisvollste Film über den deutschen Nationalsozialismus.« Und das, obwohl er lediglich im Jetzt spielt. Welch treffendes Urteil!

Zu dieser – tatsächlich – wunderbaren Icestorm-Edition, der drei ungemein vertiefende Beihefte beiliegen, zählen weiterhin »P.S.« (1979), »Das Haus am Fluß« (1986) und »Der Tangospieler« (1991).

Lange zuvor erschienen bereits die Gräf-Arbeiten »Bankett für Achilles« (1975) und »Die Flucht« (1977).

Übrigens: Mitte Oktober begeht Roland Gräf, geboren im Thüringischen Meuselbach, seinen 80. Geburtstag. Keine Gratulation vorab – aber schon mal ein »Danke«!



Bild: Filmstarts.de

Gemma Boverly – Ein Sommer mit Flaubert

(Fabrice Luchini) betreibt mit seiner Frau eine kleine Bäckerei in einem ebenso kleinen Dorf in der Normandie und verliebt sich sofort Hals über Kopf in die neue Nachbarin Gemma Boverly (Gemma Arterton), die mit ihrem Mann das Haus gegenüber bezieht. Immer wieder kreuzen sich die Wege der in der Blüte ihres Lebens befindlichen Gemma und des in die Jahre gekommenen Martins, dessen vorsichtige Avancen von Gemma gar nicht wahrgenommen werden. So entwickelt sich Martin im Laufe des Films immer mehr vom Bittsteller zum Voyeur und begleitenden Kommentator der Dinge, die da um die sich langweilende Gemma herum geschehen. Diese hat es nämlich faustdick hinter den Ohren und verdreht allen möglichen

Männern den Kopf. Und letztendlich fallen dem literaturliebhabenden Martin bemerkenswerte Parallelen zum Roman »Madame Bovary« des Schriftstellers Gustave Flaubert auf.

Der Film transportiert dabei immer in seiner beschaulichen Belanglosigkeit die sehr herzliche, warme und gemütliche Stimmung des Land-Lebens. Martin wird in seiner stillen Beobachterrolle hervorragend von Luchini verkörpert, der permanent über Gemma nachdenkt und ihr das tragische Ende aus Flauberts Roman ersparen will. Grundsätzlich macht der Film sicherlich mehr Spaß, wenn man den Roman davor schon gelesen hat, um auch kleine Details und Zusammenhänge im Film erkennen zu können. Voraussetzung ist diese Lektüre jedoch nicht, da »Gemma

Boverly« keinen Anspruch auf eine Neuverfilmung erhebt, sondern vielmehr als eine Fortsetzung des Romans ohne notwendige Kenntnisse desselbigen verstanden werden will.

Fazit:

»Gemma Boverly« lupft den Vorhang für einen Blick hinter die Fassade des Mikrokosmos des Kleinbürgertums in einer sachten Art und Weise, die gefällt. Der Film lässt der gemächlichen Entfaltung der Geschichte Zeit, die dabei zu jeder Minute sehenswert ist und eine heimelige Wohlfühl-Atmosphäre zaubert. Ohne in Kitsch abzudriften, geht der Film ans Herz und wird einige warme Minuten während der beginnenden, unwirtlichen Herbstzeit beschenken. Die beste Conclusio bietet Martin Joubert selbst: »Es passiert nichts, aber gleichzeitig ist es interessant.«

• Daniel Forstner

Kinostart: 18. September

Vierteljahrtausend

Doppelausstellung zum HGB-Jubiläum



Max Schwimmer »Antiker Besuch im Industrieviertel«, 1948/49, Mischtechnik, 60 x 75,1 cm, Museum der bildenden Künste Leipzig Foto: MdbK

»Herz, Reiz & Gefühl« und »Kunst. Schule. Leipzig«

Bis 19. Oktober 2014,

Museum der bildenden Künste Leipzig, Katharinenstr. 10
Di. u. Do.-So. 10-18 Uhr, Mi. 12-20 Uhr, Feiertage 10-18 Uhr,
(Jeden zweiten Mittwoch im Monat freier Eintritt)

Aus dem

»Türkisblauen Garten«

Von den in der August-Ausgabe (S. 14) vorgestellten Büchern zur Musikkultur in Leipzig konnte das Vierte, »Im türkisblauen Garten«, ein Bericht des wie Arthur Nikisch aus Ungarn stammenden Dirigenten und Komponisten Alfred Szendrei aus Platzgründen nur knapp umrissen werden. Es lohnt sich aber, auf dieses Buch nochmals einzugehen.

Die Oper »Im türkisblauen Garten«, die Alfred Szendrei 1918 der Leipziger Oper zur Uraufführung anbot und vom damals hoch geschätzten Generalmusikdirektor Otto Lohse angenommen wurde, zog Szendrei nach Leipzig. Einigen vertretungsweisen Dirigaten folgte bald die Verpflichtung zum Kapellmeister. Und es dauerte nicht lange, bis Alfred Szendrei für den kränklich gewordenen Lohse auch Aufführungen von Richard Wagners »Ring des Nibelungen« zu dirigieren hatte. Der gehörte seit Angelo Neumanns Erstinszenierung von 1878 zum ständigen Repertoire, das Werke von Gluck und Mo-

zart bis zu den damals neusten Opern von Richard Strauss, Giacomo Puccini umfasste. In seinen anschaulichen Schilderungen gibt Szendrei einen erhellenden Einblick in das auch damals hohe Niveau der Leipziger Oper. Dabei schildert Szendrei auch vergnügliche Episoden..

Nachdem Gustav Brecher als Nachfolger von Otto Lohse an die Oper verpflichtet worden war, berief der Mitteldeutsche Rundfunk Szendrei 1924 zum Chefdirigenten des neu gegründeten ersten deutschen Rundfunk-Sinfonieorchesters. In erstaunlich kurzer Zeit formte der Künstler mit Mitgliedern des vorherigen Leipziger Sinfonieorchesters und anderen Leipziger Musikern einen neuen leistungsfähigen Klangkörper. Die ab 1924 gesendeten Werke wurden aus der Alten Handelsbörse direkt übertragen. Von Bachs Weihnachtsoratorium bis zur bisher einzigen Leipziger Aufführung von Arnold Schönbergs höchst anspruchsvollen »Gurreliedern« erklang eine Vielzahl von Werken.

Ein Naziwitz, den Szendrei in einer Probenpause einigen Musiken erzählte, wurde ihm 1932 (!) zum Verhäng-

Eine Doppelausstellung zum 250. Geburtstag der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig im Museum der bildenden Künste verrät viel über unterschiedliche Wahrnehmungen. Da gibt es den HGB-internen Blick auf die Absolventen der letzten Jahre und den kunsthistorischen Blick von außen auf die Lehrergeneration in der DDR.

Zum ersten Teil: Was ist nur aus der HGB geworden? Wenn diese zum Jubiläum ernannte Überblicksausstellung der Absolventen eines verdeutlicht, dann dies: Eine Institution, die ein Vierteljahrtausend feiert, ist in die Schiefelage geraten. Diese Ausstellung ist der Innenblick, von hauseigenen Kuratoren zusammengestellt. Fragwürdige raumgreifende Installationen, Holzwände mit zusammengewürfelten Satzketzen, ein leeres Aquarium, riesige weiße Zäpfchen... Was gemeinsam mit dem schillernden Vernissagepublikum vielleicht noch »hipp« wirkte, ist Tage später an »normalen« Tagen nur noch peinlich. Auch Besucher sind rar.

Bestenfalls kann noch Anna Baranowski gelten, mit ihrer Persiflage auf den zeitgenössischen Kunst- und Galerienbetrieb: Aus menschlichen Exkrementen hat sie mithilfe eines Labors einen echten Diamanten unter hohem Druck und Hitze entstehen lassen, diesen geschliffen und in einer Jeweliervitrine ausgestellt.

Geboren durch Oeser mit der Kraft der Zeichnung, groß und stark geworden mit Max Klingner und spä-

ter dem Dreigestirn Heisig, Mattheuer und Tübke, gepflegt durch Gille, Rink und reanimiert in den 1990er durch Neo Rauch sucht die Hochschule heute nach ihrer Identität. Dabei wurde statt auf zeichnerische und malerische Tradition lieber auf diffuse Medienkunst gesetzt.

Wenn man sich mit den Studierenden unterhält, ist selten Bewusstsein für die Herkunft der Institution zu verspüren. Der desinformiert wirkende Auftritt der Rektorin Ana Dimke auf der Pressekonferenz erscheint da nur symptomatisch und folgerichtig. Diese Randnotiz veranschaulicht aber das Problem: Wenige können und wollen etwas mit den tradierten Stärken des Hauses anfangen.

Interessanter ist da der Außenblick mit »Kunst. Schule. Leipzig«: Das Museum der bildenden Künste hat, kuratiert von Frédéric Bußmann, sich mit Arbeiten der Lehrenden seit 1947 an der HGB auseinandergesetzt und dabei Schätze aus dem Depot geholt: Max Schwimmer (»Antiker Besuch im Industrieviertel«, 1948/49), Hans Mayer-Foreyt (»Aktivist Steinecke«, o.J.), Kurt Massloff (»Befreiung«, o.J.), Wolfgang Mattheuer (»Kein Ende irgendwann«, 1986), Bernhard Heisig (»Winterschlacht«, 1985/86) und Werner Tübke (»Nationalkomitee Freies Deutschland«, 1969). Diese vorzügliche Ausstellung sei den Liebhabern der (alten) Leipziger Schule dringend ans Herz gelegt.

• D. M.

nis. Von einer Hetzkampagne der Nazipresse ließ sich die feige Funkleitung zur fristlosen Entlassung Szendreis drängen. Nach einem Versuch, in Berlin Fuß zu fassen, blieb 1933 nur die Emigration nach Frankreich und 1940 in die USA. Über diesen Lebensabschnitt informiert Max Pommer, 1987/91 Chefdirigent des Rundfunk-Sinfonieorchesters und jetzt weitgehend in Japan tätig, als Herausgeber des Buches sachkundig.

Trotz der für den damaligen Rundfunk und für Leipzig beschämenden Kündigung beschloss Alfred Szendrei seine 1970 in den USA verfasste Darstellung »Meine Leipziger Jahre« mit den Worten: »Und so endeten die besten 14 Jahre meines Lebens, meine Leipziger Jahre. Ich liebe diese Stadt, und kann ehrlich sagen, Leipzig liebte mich... trotz meiner ungarischen Nationalität war ja Leipzig meine Heimat.«

Die Hauptabteilung Klangkörper des heutigen MDR sollte einiges zum Gedenken an den vor 130 Jahren in Budapest geborenen und 1976 in Los Angeles gestorbenen Leipziger tun.

• Werner Wolf



2350 Filmproduktionen aus 119 Ländern haben sich für das diesjährige Internationale Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm beworben. Die Einreichungen kamen von allen fünf Kontinenten. Neben den traditionsreichen Filmländern wie Frankreich, USA oder Polen erhielt die Auswahlkommission auch Produktionen aus Trinidad und Tobago, Benin oder der Zentralafrikanischen Republik. Zum ersten Mal ist ein Film aus dem winzigen karibischen Inselstaat Dominica in Leipzig eingegangen.

Die Einreichungen setzen sich zusammen aus 1.931 Dokumentarfilmen, 339 Animationsfilmen und 80 animierten Dokumentarfilmen. Darüber hinaus hat die Auswahlkommission auf Festivals in der ganzen Welt ca. 500 weitere Filme gesichtet. LN

Es ist ein im Großformat konzipierter Band zum Zeitalter der Weltkriege 1914 bis 1945, hrsg. von Ernst Piper und verfasst von 13 weiteren namhaften Autoren. Es war die Absicht der Edition Lingen Stiftung, nicht ein erneutes Werk über den sehr gut erforschten Ersten Weltkrieg herauszubringen, sondern vielmehr einen Band, der die großen Verbindungs- und Entwicklungslinien behandelt, die das gesamte Zeitalter der beiden Kriege umspannen. Entsprechend versuchen die Beiträge in einer Gesamtschau zu beschreiben, was 1914 bis 1945 total geführte Kriege im Zeitalter extremer Gewalt und radikaler Nationalismen bedeuteten. Ernst Piper vermerkt dazu im Vorwort: »Es werden nicht in erster Linie Schlachten und Kriegsverläufe beschrieben. Vielmehr zeigen die Autoren in systematischen Beiträgen, wie Kriege geführt wurden und auch wie die Kriegsführung sich in dieser Zeit veränderte.«

Die Sicht auf die Umsetzung dieser Absicht ergibt folgendes Bild: Nach der Einführung in das Thema des Bandes, wird die Kriegsführung behandelt, darunter der See-, Gas- und Bombenkrieg sowie die Geschichte der Panzerwaffe. Dem folgen Beiträge zur Finanzierung des Krieges, zur Heimatfront, Zwangsarbeit und Kriegsgefangenschaft. Der thematisch breit gefächerte Teil zur Zeit zwischen den beiden Kriegen behandelt Ereignisse und Entwicklungen in Palästina, Italien, Spanien und Deutschland sowie die nationalsozialistische Neuordnung Europas. Der abschließende Teil befasst sich mit der Kriegsschuldfrage, den Pariser Vorortverträgen, Flucht und Vertreibung im Ersten und Zweiten Weltkrieg, betrachtet den Krieg als Verbrechen, unter Einbeziehung der Leipziger Prozesse (Januar 1921 bis November 1922) und des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses. Die Texte werden durch aufwendiges Bildmaterial unteretzt. Ernst Piper hebt hervor, dass der Sammelband, der sich auf der Höhe der Forschung befindet, sich nicht

Die Jahre 1914 bis 1945 als Zeitalter sehen

an die akademische Fachöffentlichkeit, sondern an eine interessierte allgemein gebildete Leserschaft richtet. Daraus leitet sich ab, dass auf die Referierung von Forschungskontroversen verzichtet wird.

Von besonderem Interesse für den Leser sind die Beiträge, in denen die Autoren gezogene Schlussfolgerungen behandeln. Dazu gehört, dass die Ungeheuerlichkeit beider Kriege dazu geführt hat, dass die Auffassung vom Krieg als legitime Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, grundlegend in Frage gestellt worden war. Hierzu trug vor allem die international geführte Debatte über Kriegsschuld und Kriegsverbrechen und ihre juristische Bewältigung bei. Die entscheidenden völkerrechtlichen Akzente wurden jedoch letztlich durch das Nürnberger Internationale Tribunal über die deutschen Hauptkriegsverbrecher gesetzt. Der im Band zur Schuldfrage verfasste Text reflektiert in Verbindung mit dem Versailler Friedensvertrag, dass die in ihm enthaltenen Bestimmungen über die von den Deutschen begangenen Kriegsverbrechen und ihre Verfolgung damals ein absolutes Novum waren. Der Vorwurf gerichtet an Deutschland, den Ersten Weltkrieg verbrecherisch vorbereitet und ausgelöst zu haben, wurde seitens Deutschlands als unerträgliches Unrecht empfunden. Dass diese Auffassung noch heute fortwirkt, zeigt sich in der Debatte, die Christopher Clark mit seinem

Buch »Die Schlafwandler« ausgelöst hat. Danach war der Kriegeausbruch 1914 zwar »eine Tragödie, aber kein Verbrechen«. Im Unterschied zu 1939 könne für 1914 nicht von einer deutschen Alleinschuld die Rede sein.

Der Autor dieses Beitrages weist darauf, dass die Nürnberger Tatbestände nicht unumstritten waren. »Es lässt sich darüber streiten«, schreibt er, »ob die Tatbestände ›Verbrechen gegen den Frieden«

und ›Verbrechen gegen die Menschlichkeit« 1945 bereits als juristisch gültig anerkannt waren oder nicht. Nach dem Ersten Weltkrieg jedenfalls waren sie es noch nicht.« Die übereinstimmende Meinung jener Zeit war: »Einen Krieg zu beginnen sei noch kein Verbrechen, doch zweifellos eine Handlung, die politisch zu ächten sei.« 1945 und in den Jahren danach habe in Westdeutschland die Meinung vorgeherrscht, dass es sich bei den Tatbeständen »Verbrechen gegen den Frieden« und »Verbrechen gegen die Menschheit« um neu geschaffenes Recht handle und das seine Anwendung gegen das Rückwirkungsverbot verstoße. Das Nürnberger Gericht urteilte, dass das Völkerrecht nicht statisch ist, »sondern durch ständige Angleichung den Notwendigkeiten einer sich wandelnden Welt« folgt. Diese Rechtsinsicht setzte sich durch und wurde später von der Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen übernommen.

Dass die behandelten Probleme auch im heutigen Zeitalter aktuell wie eh und je sind, kann man nicht übersehen.

Der Anhang enthält mehrere geographische Karten, eine umfangreiche Zeittafel 1898-1945, die Auflistung weiterführender Literatur, den Bildnachweis und Angaben zu den Autoren.

• Kurt Schneider

Ernst Piper (Hg.): *Das Zeitalter der Weltkriege 1914-1945*. Helmut Lingen Verlag, Köln 2014. 304 Seiten, 24,95 Euro

Lyngiádes

Zum 70. Mal jährt sich 2015 die Befreiung Deutschlands von der Nazibarbarei, die Vertreter der GZ-Staaten werden sich in Elmau treffen, im benachbarten Mittenwald wird – wie jedes Jahr zu Pfingsten – der Arbeitskreis »anfechtbare Traditionspflege« unbeirrt gegen die Pflege einer offiziell als unanfechtbar ausgegebenen Tradition der Wehrmacht protestieren und Gerechtigkeit für die Kriegsoffer fordern. So hatte der Arbeitskreis auch zum Griechenlandbesuch des Bundespräsidenten im März d. J. erklärt, es sei insbesondere für die Überlebenden der deutschen Massaker wichtig, dass jetzt endlich deren Leidensgeschichte einer breiten Öffentlichkeit in Deutschland bekannt wird. Es werde einem aber speiübel, wenn der (groß)machtbewusste Gauck heute Betroffenheit heuchelt und um

Verzeihung und Vergebung bittet. Denn welches Schuldbewusstsein offenbart sich da, wenn z.B. 2006 der langjährige ehemalige Bürgermeister von Mittenwald bei einer Militaria-Auktion ein Fotoalbum und Kriegsauszeichnungen seines Vaters für 35000 Euro versteigern konnte? Über diesen Bürgermeistervater ist einiges aus »Feuerrauch«, dem jüngsten Buch des Bremer Rechtshistorikers Christoph U. Schminck-Gustavus, zu erfahren. Oberstleutnant Salminger, ein Günstling des »Führers«, war bei Ioánnina von Partisanen erschossen worden. Als »Sühnemaßnahme« folgte daraufhin das schonungslose Erschießen aller Einwohner und Niederbrennen aller Dörfer »in 20 km Umkreis der Mordstelle«. In Lyngiádes, Besuchsort von Gauck, sind auf der Gedenktafel für die am 3. Oktober 1943 Ermordeten ein noch ungetauftes Kind der Familie Tsirikis mit zwei Monaten als jüngstes und Theódoros Lóllis mit 100 Jahren als ältestes Opfer verzeich-

net. Lyngiádes liegt in Sichtweite des Elternhauses von Karolos Papoulias, und was der griechische Staatspräsident als einstiger Partisan uns Deutschen zu sagen hat, das hat mit einer kritischen Auseinandersetzung um politische Ethik zu tun. Eine Verurteilung der Täter hat in Deutschland nicht stattgefunden.

• Horst Möller

Verlag J. H. W. Dietz, Bonn 2013, 336 S., 24,90 Euro

»Griechenhaus e.V.« lädt ein zum Vortrag von Prof. Dr. Christoph U. Schminck Gustavus.

Am Mittwoch, den 24. Sept. 19.30 Uhr im Leipziger »Haus des Buches«, Täubchenweg

»Feuerrauch. Die Vernichtung des griechischen Dorfes Lyngiádes«



Als Linker, der aus dem Westen in den Osten ging, hatte Jan Korte allerlei zu lernen. Feinste Beobachtungen las er kürzlich in Leipzig vor einem amüsierten Publikum. Wer nicht dabei war, hat etwas verpasst. Aber man kann ja alles nachlesen. Jan Korte: »Geh doch rüber«, Verlag: Neues Deutschland. Foto: ege

Der Kriegsgott betrat nicht erst im August 1914 in Wort und Bild die Bühne der Politik im wilhelminischen Kaiserreich und schon gar nicht erst mit dem 1915 entstandenen Selbstporträt von Otto Dix. Er war für zwei Publizisten schon Monate vorher noch unsichtbar anwesend, angezeigt in von ihnen gewählten Überschriften wie »Der heilige Mars«, für die sich Carl von Ossietzky entschied, als er im Mai 1913 diesen Artikel für die Zeitung »Das freie Volk« schrieb.

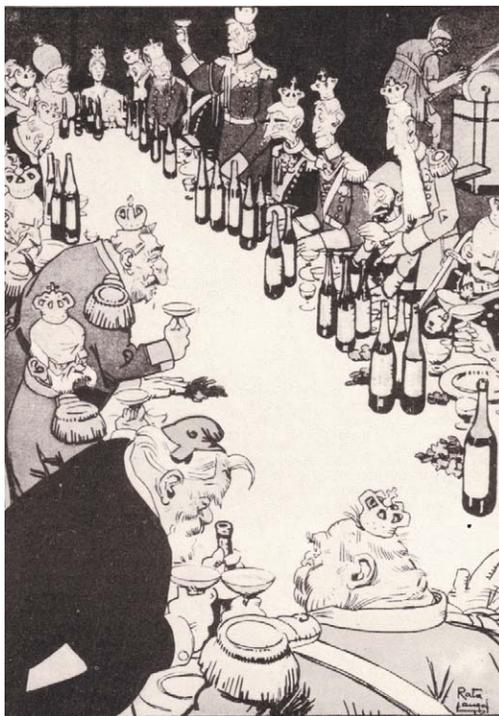
Auch Franz Pfemfert, der in seiner Wochenschrift »Die Aktion« das kriegerische Treiben im Kaiserreich von Anfang an kritisch verfolgte, titelte zu Beginn des Jahres 1914 dem entsprechend: »Mars regiert die Stunden«.

Ossietzky hatte einen konkreten Anlass, an Mars zu erinnern, was er schon mit dem ersten Zitatsatz bewies: »Nur so, auf das Schwert gestützt, können wir den Platz an der Sonne erhalten, der uns zusteht, aber nicht freiwillig eingeräumt wird.« Kein Geringerer als der deutsche Kronprinz hatte ihn geschrieben und im Vorwort für das Buch »Deutschland in Waffen« veröffentlicht.

In seiner eigenen Diktion erwiderte Ossietzky darauf: »Bei uns herrscht eine namenlose Überschätzung des Militarismus. Mars, der rabiate Kriegsgott, erlebt sein goldenes Zeitalter. Nirgends wird ihm mehr geopfert; nirgends ist seine Autorität größer, nirgends der Glaube an das Schwert stärker. Der letzte alldeutsche Zeilenschinder träumt von der weltbeglückenden Sendung der Bajonette. Der deutsche Kronprinz verkündet ein Evangelium des Krieges und tut die Weltfriedensidee mit wenigen energischen Worten ab. Diese Lebensauffassung ist undeutsch und steht uns nicht an.«

Ossietzky sah diesen »Militarismus« vor allem gegründet auf preußischer Geschichte und Tradition, die bis in die Gegenwart fortwirkt: »Seit Jahr und Tag redet man offen von einer Nebenregierung des Militärkabinetts. Bezeichnend ist auch die Art des Auftretens der Militärverwaltung im Parlament. Brauchen wir noch an das Vorhandensein einer privilegierten Offizierskaste zu erinnern? Das Bürgertum nimmt diese Dinge genauso selbstverständlich hin wie vor Zeiten die autokratischen Exzesse. Der Militarismus ist zum Moloch

Mars regiert die Stunden



Claus Ritter, 1987; Kampf um Utopolis oder die Mobilmachung der Zukunft, anno 1909 (Repro: LN)

geworden, der mit dumpfem Staunen beglötzt wird, wie er ein Opfer nach dem anderen verschlingt.«

Doch nicht nur das Verhalten des Bürgertums gibt Anlass zur Kritik. Gleich im nächsten Absatz ist zu lesen: »Auch bei den sogenannten Intellektuellen trübt sich das Urteil, wenn es sich um militärische Dinge handelt.« Gemeint sind vor allem die Kollegen von der eigenen Zunft, die sich abschätzig über das Buch des Schweden Gustav

Jansen mit dem Titel »Lügen. Geschichten vom Krieg« äußerten, das bei Georg Merseburger in Leipzig verlegt wurde, wobei sich die Literaturblätter zumindest »diplomatischer gebahrten« als die »großen Zeitungen«.

Zwar bekämpfte »die Demokratie« zielbewusst den Militarismus, doch die Übermacht der »nationalen Presse«, die das »Kriegsfeuer« bei jedem Zwischenfall schüre, sei ungebrochen.

Ossietzky schloss mit einem Hoffnungssatz, der ein Jahr später schon zu Makulatur geworden war: »Wir halten den Gedanken des kommenden Krieges für zu furchtbar, um mit ihm kokettieren zu können. Aber unsere Mißstimmung will nicht recht aufkommen bei der tapferen Versicherung des deutschen Thronfolgers, wenn es einmal blutiger Ernst wird, in der ersten Reihe zu kämpfen.« Er tat es dann als Armeebefehlshaber.

Für Franz Pfemfert gab es ebenfalls einen bestimmten Anlass, das, was im Oktober 1913 in der elsässischen Stadt Zabern im Militär vorgefallen war und noch Wochen bis in den Reichstag hinein Wellen schlug, mit dem Kriegsgott in Verbindung zu bringen. Dort hatte ein wilhelmscher Offizier namens Forstner großmäulig einem seiner Untergebenen geraten, ihn über den »Haufen zu stechen«, wenn sich ein »Wackes« (so das gängige Schimpfwort für einen Elsässer) ihm nähert. Der Fall wurde ruchbar und ließ Pfemfert zu Beginn des Jahres 1914 feststellen: »Mars regiert nicht nur eine Stunde in Zabern: er beherrscht seit je alle Minuten unsers Lebens. (...) So leben wir: auf der einen Seite steht, brutal ehrlich, Mars. Solange auf der anderen Seite kein antimilitaristisch gesinntes Bürgertum für seine Freiheit zu kämpfen bereit ist, wird Mars die Macht behalten und damit das Vorrecht, über das papierne Gesetz der feigen Zivilisten hinwegzuschreiten.«

Anders als Ossietzky sollte er in diesem Punkt die zutreffendere Prognose gestellt haben, als Monate nach der Zabern-Affäre der Kaiser selbst die Parole ausgab: »Nun aber wollen wir sie dresche«. Beiden Journalisten voraus war ein Karikaturist, für den Mars schon 1909 im Hintergrund gegenwärtig war.

• Klaus Schuhmann

BRIEFKASTEN

Ich habe erfahren, dass es ein Buch von Wladimir Putin gibt. Sein Titel lautet »Reden an die Deutschen«. Darin sind seine Reden zu Deutschland (aber auch zu anderen Problemen) von 2001 bis Mai 2014 enthalten. Es ist in Buchhandlungen nicht erhältlich, es gibt nur einen Hinweis, es soll es an Kiosken geben. Da gab es das Buch auch nicht!

Ich versuchte es bei der Buchhandlung Rijap, die gab sich echt große Mühe und besorgte es mir nach 14 Tagen. Es ist sehr aufschlussreich und mehr als 10 Seiten kann man am Abend nicht lesen... oder liest sie noch einmal. Ich kann es nur empfehlen, da es auch einen Abriss über die russische Geschichte gibt, die man nirgendwo anders liest. Die Ukraine spielt hier auch eine Rolle, er muss den Konflikt vorausgesehen haben.

KLAUS PINKAU, per E-Mail

»Schlump« Ein vergessenes Buch und seine Geschichte

Mit CHRISTA GRIMM und
VOLKER WEIDERMANN.
Moderation: KATRIN WENZEL

Als Volker Weidermann vor einigen Jahren seinen Band über die im Mai 1933 von den Nationalsozialisten »Verbrannten Bücher« publizierte, war darin von »Schlump« die Rede – einem Buch, das anonym erschienen und dessen Autor völlig unbekannt geblieben war. Der den Nazis verhasste Roman erzählt laut Untertitel die »Geschichten und Abenteuer aus dem Leben des unbe-

kannten Musketiers Emil Schulz, genannt »Schlump«. Diese Geschichten und Abenteuer erlebt der anfangs erst sechzehnjährige Held während des Ersten Weltkrieges – er wird Soldat, zieht ins Feld und in die Schützengräben, wird verwundet und kommt ins Lazarett, um schließlich wieder in seine Heimat zurückkehren zu können. Im Schatten von Remarques »Im Westen nichts Neues« ist »Schlump« 1928 im legendären Kurt Wolff Verlag erschienen. Sein Autor, Hans Herbert Grimm, lebte bis zu seinem tragischen Ende 1950 im thüringischen Altenburg. Seine Schwiegertochter, die Germanistin Christa Grimm, lehrte an der Universität Leipzig. Sie ist die einzige, die heute noch Aufschluss geben kann über das, was sich in den dunklen Jahren seit 1933 ereignet hat.

Volker Weidermann, der »Schlump« 2014 im Verlag Kiepenheuer & Witsch herausgab, wurde 1969 in Darmstadt geboren, studierte Politikwissenschaft und Germanistik in Heidelberg und Berlin. Er ist Literaturredakteur und Feuilletonchef der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung und lebt in Berlin. Er veröffentlichte u. a. »Max Frisch. Sein Leben, seine Bücher« (2010), »Lichtjahre« (2006) und »Ostende« (2014). *Info / LN*

Eine Veranstaltung des Jungen Literaturhauses und des Kuratoriums Haus des Buches in Leipzig, Gerichtsweg

Donnerstag, 11. September,
Beginn: 19.30 Uhr
Eintritt: 4,-/ 3,- Euro.

Otto Grotewohl und die »Deutsche Einheit«

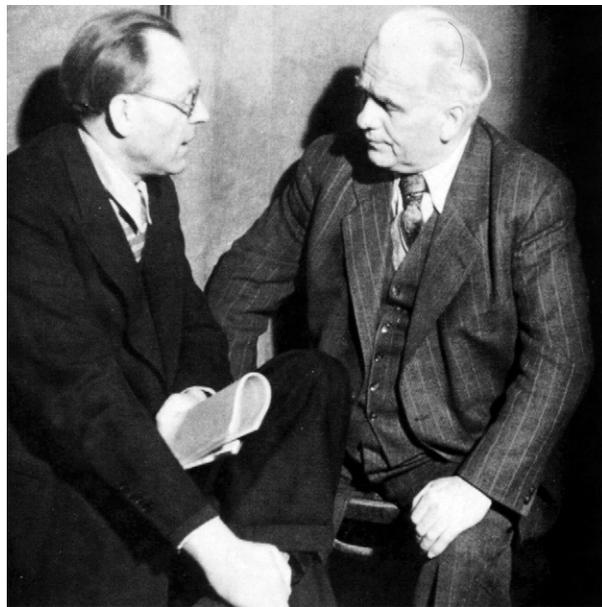
Der 50. Todestag von Otto Grotewohl – er verstarb am 21. September 1964 – soll Anlass sein, auf sein Wirken in den Jahren 1945-1949 zurückzublicken.

Am 11. März 1894 in Braunschweig geboren, gehörte Otto Grotewohl seit 1912 der SPD an, unterbrochen durch seine Mitgliedschaft in der USPD 1918-1922. 1920-1925 war er Abgeordneter des braunschweigischen Landtages und leitete 1921/1922 das Innen- und Volksbildungsministerium und 1923/1924 das Justizministerium des Freistaates Braunschweig. Im November 1924 übernahm er den Vorsitz dieses SPD-Bezirks, den er bis 1933 ausübte. 1925-1933 war er zeitgleich Präsident der Landesversicherungsanstalt Braunschweig und Mitglied des Deutschen Reichstages.

Nach der Befreiung vom Faschismus zählte Otto Grotewohl zu den führenden sozialdemokratischen Funktionären, die den Wiederaufbau der SPD betrieben. Er war Mitunterzeichner des Aufrufs des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945, zu dessen Vorsitzenden ihn die erste Funktionärskonferenz seiner Partei am 17. Juni 1945 wählte. Er erhob für den Zentralausschuss den Anspruch auf die Führung der Gesamtpartei und verfolgte das Ziel, die SPD für ganz Deutschland aufzubauen. Entsprechen dieser Absicht war er bemüht, eine gesamtdeutsche Parteiführung zu bilden, was sich jedoch letztlich mit dem Verlauf der Konferenz von Wennigsen am 4./5. Oktober 1945, zu der das bereits am 19. April 1945 gegründete »Büro Schumacher« eingeladen hatte, als Illusion erwies. Schumacher, dessen »Büro« entstanden war, um die Neugründung der SPD für die westlichen Besatzungszonen zu leiten, lehnte einen solchen Schritt prinzipiell ab. Ebenso grundsätzlich verneinte er die Vereinigung von SPD und KPD, die im Kampf gegen die faschistische Diktatur die meisten Opfer zu beklagen hatte, mit der zynischen Begründung, dass »die Sozialdemokratie kein Blutspender für den geschwächten Parteikörper der Kommunistischen Partei« sein dürfe. Mehr noch: Um eine „drohenden Zwangsvereinigung“ zu verhindern, plädierte er für die Auflösung der SPD in der SBZ. Grotewohl, der grundsätzlich dieser Vorgehensweise nicht folgte, sah die politische Verantwortung für die Spaltung der SPD bei Schumacher, den er scharf angriff. Im krassen Unterschied zu Schumacher, ließ

sich Grotewohl vom »Prager Manifest« des Parteivorstandes aus dem Jahre 1934 leiten, in dem als Vermächtnis vermerkt war: »Die Eini-gung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt.« Die Führung der SPD sei sich ihrer Mission bewusst, »die Arbeiterklasse in einer politischen Partei des revolutionären Sozialismus zu vereinigen«.

Nach der Auflösung des Prager Parteivorstandes bestand noch der Exilvorstand der SPD in London, der sich bis November 1945 als »Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands« firmierte. Dieser nahm in einer Erklärung vom 18. Mai 1945 zur Lage im Land Stellung und forderte eine »Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, die den nationalistischen und militaristischen Kräften im deutschen Volk für immer die Grundlagen ihrer Macht entzieht«.



Auf dem Vereinigungs-parteitag 1946
Abb: LN-Archiv

Eine »freie deutsche Arbeiterbewegung« sei wiederherzustellen, und die Sozialdemokraten seien angetreten, »ein neues, friedliches, demokratisches und soziales Deutschland aufzubauen«, lehnte aber eine Vereinigung mit der KPD ab. Als mit dem Tod von Hans Vogel am 6. Oktober 1945 die letzte Person gestorben war, die einen Führungsanspruch des Exilvorstandes aus der Zeit von vor 1933 legitimieren konnte, erhob nunmehr Schumacher den absolut alleinigen Führungsan-

spruch auf die Gesamtpartei.

Anknüpfend an das in weiten Teilen der Arbeiter vorhandene Verlangen nach einer geschlossenen agierenden Bewegung, wurde nunmehr in der SBZ zügig der durchaus nicht problemlose Weg zur Gründung einer Einheitspartei besritten. So vollzog sich in beiden Parteien auf demokratische Art und Weise ein eigenständiger Prozess, der zur Gründung der SED am 20./21. April 1946 führte; von denen, die Schumacher folgten, als »Zwangsvereinigung« diffamiert. Zusammen mit Wilhelm Pieck übernahm Otto Grotewohl den Vorsitz.

Spaltung verhindern

Grotewohls Anstrengungen, die Spaltung der SPD zu verhindern, galten gleichermaßen der zunehmenden Gefahr der staatlichen Spaltung Deutschlands. Ihr energisch entgegentretend, trat er für die Schaffung einer zentralen deutschen Verwaltung und einer gesamtdeutschen Verfassungsinitiative ein. Grotewohl, der sich mit der Ausarbeitung der Kommunalverfassung 1924 nicht nur in Braunschweig



einen Namen gemacht hatte, verfügte über profunde verfassungsrechtliche Kenntnisse, die ihn in die Lage versetzten, eine herausragende Rolle im Prozess der Erarbeitung und Vertretung eines Verfassungsentwurfes als Vorschlag für Gesamtdeutschland und in der damit verbundenen Volkskongressbewegung zu spielen. Er führte hierzu die notwendigen Gespräche mit der SMAD und sowjetischen Politikern, darunter auch mit Stalin.

Nicht nur im Parteivorstand der SED, sondern auch auf öffentlichen Veranstaltungen, im Rundfunk, sowie auf nationalen und internationalen Pressekonferenzen stellte er den Verfassungsentwurf, der seit dem Spätsommer 1946 vorlag, auch in persönlichen Schreiben westdeutschen Spitzenpolitikern vor. Selbst Konrad Adenauer sah sich für den Zonenausschuss der CDU in der britischen Zone veranlasst, am 13. Januar 1947 Grotewohl und Pieck schriftlich für die Übersendung des Entwurfs höflich zu danken, ergänzt durch die Worte: »Die Aufmachung Ihres Entwurfes mit dem breiten Notizrand ist sehr zweckmäßig.« Viel Zustimmung, aber auch Hinweise zur Überarbeitung erhielt Grotewohl vom Rechtsprofessor Gustav Radbruch, der Anfang der zwanziger Jahre sozialdemokratischer Reichsjustizminister gewesen war. Obwohl es das erklärte Anliegen Grotewohls war, den Entwurf durch eine gesamtdeutsche Verfassungsdebatte prüfen zu lassen, blieb jedoch die angestrebte breite westdeutsche Resonanz aus.

Zunehmend wurde erkennbar, dass im Westen Deutschlands bereits eine verdeckte Verfassungsdebatte geführt wurde, deren Ziel ein Grundgesetz für Westdeutschland war. Somit war die spätere Annahme des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 ein Akt der Spaltung Deutschlands. Sie war ein Transitorium, dem der staatsbürgerschaftliche Alleinvertretungsanspruch zugrunde lag, umschrieben mit den Worten: »Das ganze deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.« Es entsprach dem Grundsatz Adenauers: »Lieber das halbe Deutschland ganz, als der ganze Deutschland halb.« Zuvor hatte es keinen Entwurf gegeben, der die deutsche Öffentlichkeit in die Lage versetzt hätte, dazu ihre Meinung zu äußern. Anders im östlichen Teil Deutschlands. Bereits im Spätsommer des Jahres 1946 wurde der Öffentlichkeit der Entwurf einer Verfassung für ganz Deutschland vorgelegt und mit der dazu gebildeten gesamtdeutschen Volkskongressbewegung verbunden.

Damit begann eine in der Folgezeit dreijährige öffentliche Debatte, in der zahlreiche Abänderungsvorschläge unterbreitet wurden, von denen viele Berücksichtigung fanden. Otto Grotewohl, der am 15. April 1948 vom Verfassungsausschuss zu seinem Vorsitzenden gewählt worden war, betonte, dass der Entwurf »nicht nur die Arbeit einer Anzahl von Abgeordneten oder Delegierten darstellt, sondern dass seine öffentliche Behandlung gleichsam eine Widerspiegelung des demokratischen Empfindens unseres ganzen Volkes« sein soll. Vorgesehen war, westdeutsche Verfassungsexperten in die Arbeit einzubeziehen.

Konservative Politiker und Historiker, die sich als Sieger der Geschichte fühlen, weichen in der Regel mit dem Anspruch auf die Deutungshoheit der diametral entgegengesetzten Entstehungsgeschichte beider deutscher Verfassungen bzw. Staaten aus. Schamlose Verdrehungen, Auslassungen und Fälschungen dienen dazu, den bis 1990 bestehenden nationalen Alleinvertretungsanspruch der BRD zu rechtfertigen und die DDR als »Unrechtsstaat« zu klassifizieren.

Unvergesslich für demokratische Sozialisten bleibt Otto Grotewohls großer Anteil an der Gründung der DDR, an deren Spitze er als Ministerpräsident und stellvertretender Vorsitzender des Staates stand

• Kurt Schneider

1 / KALENDERBLATT

Vor 70 Jahren ermordet Wilhelm Leuschner



Diese Briefmarke erschien 1964 bei der Deutschen Bundespost / Wikipedia

Am 15. Juni 1890 in Bayreuth geboren, absolvierte Wilhelm Leuschner in Leipzig, wo seit 1. August 1945 ein zentraler Platz (zuvor: Königsplatz) seinen Namen trägt, die Ausbildung zum Holzbildhauer, die er durch den Besuch der Akademie der Bildenden Künste in Nürnberg im Wintersemester 1909/1910 vervollkommnete. Er trat der SPD bei und war ab 1909 Bezirksleiter des Zentralvereins der Bildhauer Deutschlands. Danach

übte er verschiedene gewerkschaftliche Funktionen aus.

Von 1920 bis 1933 als Abgeordneter auf Länder- und Reichsebene tätig, darunter 1921 bis 1924 Minister des Freistaates Braunschweig, machte Leuschner 1931 die Öffentlichkeit mit einem von Naziführern ausgearbeiteten Plan (Boxheimer Dokumente) für einen bewaffneten Umsturz bekannt, der die Einführung von Notverordnungen, Schießbefehlen und Todesstrafen vorsah. Damit zog er sich den absoluten Hass der Faschisten zu, der in wiederholten Morddrohungen gipfelte.

Von November 1932 bis Februar 1933 war Leuschner Mitglied des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes (IAA) in Genf. Am 2. Mai 1933 wurde er als stellv. Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) verhaftet. Nach seiner Freilassung am 5. Mai 1933 zwang man ihn, Anfang Juni zusammen mit Robert Ley, der der faschistischen Deutschen Arbeitsfront (DAF) vorstand, zur 17. Tagung der IAA nach Genf zu fahren. Unter Ausnutzung der Autorität und des internationalen Ansehens Wilhelm Leuschners, sollte die Anerken-

nung der DAF als Gewerkschaft erreicht werden. Während er in der Vollversammlung demonstrativ schwieg, informierte er in den Ausschussberatungen über den faschistischen Terror in Deutschland. Bei seiner Rückkehr nach Deutschland am 23. Juni 1933 verhaftet, wurde er bis zum Juni 1934 in KZs gefangen gehalten. Danach wiederum in Berlin lebend, erwarb er eine kleine Fabrik, die er als Anlaufpunkt für die illegale Arbeit nutzte. Er unterhielt zu Mitgliedern der KPD Kontakte und schloss sich dem Kreisauer Kreis um Helmuth Graf von Moltke an. Obwohl er dem konservativen staatspolitischen Konzept Carl Goerdelers kritisch gegenüberstand, war er bereit, nach dem Attentat auf Hitler in Goerdelers Kabinett als Vizekanzler mitzuwirken. Nach dem missglückten Attentat wurde Wilhelm Leuschner am 16. August 1944 verhaftet und am 8. September vom »Volksgerichtshof« zum Tode verurteilt. Am 29. September 1944 erfolgte im Zuchthaus Berlin-Plötzensee seine Hinrichtung. Zu seinen letzten Worten gehörte die Mahnung an seine sozialdemokratischen Mitgefangenen: »Schafft die Einheit!«

• K. Sch.

Sowjetunion trat dem Völkerbund bei

Am 18. September 1934 folgte die UdSSR der Einladung von 34 Mitgliedsstaaten und trat dem Völkerbund bei. Dieser auf Anregung des Präsidenten der USA, Woodrow Wilson, am 14. Februar 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz gegründeten Organisation gehörten nach der Aufnahme Deutschlands am 8. September 1926 56 Mitgliedsstaaten an. Die UdSSR erhielt bei zwei Nein-Stimmen und drei Stimmenthaltungen einen Ratssitz. Die Gründerväter hatten mit dem Völkerbund eine solche Katastrophe wie den Ersten Weltkrieg künftig verhindern wollen.

In der Satzung des Völkerbundes hieß es u. a.:

Artikel 10: Die Mitglieder verpflichten sich, die territoriale Integrität und gegenwärtige politische Unabhängigkeit aller Mitglieder zu achten und gegen jede Aggression von außen aufrechtzuerhalten.

Artikel 11: Jeder Krieg und jede Kriegsgefahr, ob sie ein Mitglied betrifft oder nicht, geht den Bund als Ganzes an.

Artikel 12: Entsteht zwischen Mitgliedern ein Streit, der zum Friedensbruch führen könnte, so wird er einem Schiedsgericht, einem Gericht oder dem Völkerbundrat unterbreitet.

Artikel 16: Ein Mitglied des Völkerbundes, das Krieg anfängt, wird automatisch als mit allen Mitgliedern des Völkerbundes im Krieg befindlich betrachtet und entsprechend behandelt.

Artikel 17: Auch bei Streitigkeiten zwischen einem Mitglied und einem Nichtmitglied greift der Völkerbund mit allen Mitteln ein.

Der Beitritt der UdSSR erfolgte ein knappes Jahr, nachdem die Hitlerregierung am 14. Oktober 1933 den Austritt Deutschlands aus dieser internationalen Organisation meldete. Als Begründung wurde angegeben, dass dessen Forderung nach »Gleichberechtigung unter den Staaten« nicht erfüllt werde. Für die Nazis stellte die Völkerbundmitgliedschaft ein Hindernis dar für die in Aussicht genommene unbeschränkte Aufrüstung, die Verletzung internationaler Verträge und für die künftige Kriegsvorbereitung.

Die Sowjetregierung ließ sich offenkundig von zwei Beweggründen leiten. Zum einen bedeutete sie einen wesentlichen Schritt aus der von den Westmächten lange betriebenen internationalen Isolierung. Man hatte den jungen Sowjetstaat mit allen Mitteln bekämpft und von

der Gestaltung der Nachkriegsordnung in Gestalt des Versailler Vertragssystems völlig ausgeschlossen. Diese Situation war zu korrigieren. Zum anderen bemühte sich die UdSSR darum, aus dem Völkerbund ein Organ der kollektiven Sicherheit zu machen und angesichts des Aufkommens faschistischer Regimes zu diesem Zweck ein europäisches Vertragssystem aufzubauen.

Am 16. April 1934 hatte Stalin in einer Rede u. a. ausgeführt: »Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und das Revanchegepenst haben einen neuen Anstoß zur Verschärfung der Lage und zum Anwachsen der Rüstungen gegeben... Wieder rücken, wie im Jahre 1914, Parteien des kriegslüsternden Imperialismus, Kriegs- und Revancheparteien, in den Vordergrund. Es geht offensichtlich einem neuen Krieg entgegen.«

Zu den dem sowjetischen Völkerbundbeitritt folgenden Bemühungen um kollektive Sicherheit in Europa gehörten auf sowjetische Initiative abgeschlossene Verträge über gegenseitige Hilfeleistungen: mit Frankreich am 2. Mai 1935 und mit der Tschechoslowakei am 16. Mai 1935.

Die Außenpolitik der UdSSR der mittleren 1930er Jahre zeugt vom ernsthaften Bemühen, einem faschistischen Eroberungskrieg den Weg zu verlegen.

• Winfried Steffen



Das »Fototeam ver.di Hessen« ist ein ehrenamtlicher Kreis von ver.di-Mitgliedern in Hessen, die sich aus Spaß am Fotografieren zusammengeschlossen haben, um mit ihrem Hobby die gewerkschaftlichen Ziele zu unterstützen.

Prekäre Arbeit hat viele Gesichter, in dieser Ausstellung kommen Betroffene zu »Wort«. Die Fotoausstellung stellt sie im Schattenriss dar, denn sie stehen im Schatten der Gesellschaft.

Prekäre Arbeit kann jeden treffen. In der Ausstellung finden sich Beispiele von Jungen und Älteren, von weniger Qualifizierten und höher

Qualifizierten. Die Folge von prekärer Arbeit ist prekäres Leben.

Die Fotos neben den Interviews unterstreichen Aussagen von Betroffenen und zeigen auch einfach nur weitere Aspekte prekärer Arbeit.

Zum Schutz der beteiligten Personen vor Repression und Arbeitsplatzverlust sind einige Namen abgeändert.

Beispieltafel 4: *Der Minijob ist die unsicherste Form prekärer Arbeit. Drei Viertel der Pauschalbeschäftigten verdienen weniger als 8,50 Euro die Stunde, ein Viertel sogar weniger als 5 Euro. Die*

Fluktuation ist hoch. Knapp die Hälfte ist auf den Minijob angewiesen, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Flexibilität für den Arbeitgeber wird mit dem Armutsrisiko für die Betroffenen erkaufte.

Beispieltafel 8: *Leben am Rande der Gesellschaft. Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum. Immer mehr Menschen können in diesem Land die Mieten nicht mehr zahlen. Sie leben dann auf Campingplätzen oder in Kleingartenanlagen. Im Winter ist es besonders hart.*

Beatrix Müller

**Ausstellung
im Bürgerbüro
Cornelia Falken
Leipzig,
Coppistraße 63**

Dauer: September
0341/2114140

Die Aufnahmen waren teilweise schwer zu ertragen



Zwei Wochen lang wurde im Liebknecht-Haus der Leipziger Linkspartei die Ausstellung »Das Massaker von Odessa« gezeigt. Die teils schockierenden Fotos waren bis zum 3. September im Treppenhaus in der Braustraße zu sehen. Sie ersparten dem Betrachter nichts an schlimmster Grausamkeit, die (Un)menschen an Menschen verübten



Das Innenministerium der ukrainischen Übergangsregierung sprach von »krimineller Brandstiftung«. Ob die teils schwer erträglichen Fotos zufälligen Besuchern eines Treppenhaus zugemutet werden können, ist sicher ein Streitfall der Ausstellungsgestaltung. Wir haben bewusst auf solche Aufnahmen auf dieser Seite verzichtet.

JOMI

 BRIEFKASTEN

Kein Kaufhaus oder Gaststätte machen eher auf, bloß weil eine Schlange draußen steht. Wenn es heißt 9.00 Uhr, dann heißt es eben 9.00 Uhr. Die Frauen im Amt arbeiten fleißig und geduldig, sie müssen sich manchmal Unmögliches von Bürgern anhören. Die Palette reicht von Unwissenheit über Aggressivität bis zu totaler Verblödung. Das lässt sich mit eher Aufmachen nicht kompensieren. Wo soll man denn beim Öffnen nun eine Grenze ziehen?

*

Ich gehe davon aus, wenn man einen Artikel nachdruckt, dass man weitestgehend mit der Meinung eben dieses Artikels konform geht. So geschehenn bei dem Zitat der Reportage »Aufgesattelt und ausgebremst«. Wo in aller Welt haben

Zu LN Nr. 8

»Lipsius« / S. 6 und »Mit dem Lenker verteidigt« / S. 24

denn Autofahrer noch Privilegien? Die haben sie wahrscheinlich nie gehabt. Wenn überhaupt nur auf der Autobahn. Wer muss denn überall halten und warten? Straßen werden massiv zurückgebaut für Radwege, auch zu Lasten der Sicherheit. Autofahrer bekommen vor Gericht, bei Unfällen mit Radfahrern, immer eine Teilschuld, obwohl sie mitunter nichts dafür können. Die meisten Radfahrer haben von Verkehrsregeln überhaupt keine Ahnung oder sie halten sich einfach nicht dran. Auch sind Autofahrer die Einzigen, die eine Steuer in dieser Beziehung bezahlen und sie sind immer mit der Adresse dabei. Sie sind keine Engel, manche Autofahrer definitiv nicht, aber wissenschaftliche Erkenntnisse, dass ich nicht lache.

TORSTEN HÄNLE, per E-Mail

Werner Schulz verteidigt Deutschland am Bosphorus

Werner Schulz, Europa-Abgeordneter der Grünen, hat die Chance, als genialer Strategie in die Geschichte des Kampfes gegen den »Moskauer Zaren« Wladimir Putin einzugehen. Der Leipziger Historiker und Ostexperte Professor Troebst hat in der »Neuen Zürcher Zeitung« diesen Platz schon besetzt. Der Titel seines Rezepts »Wie man Moskaus Einfluss eindämmen könnte.«

Troebst tadelt die Zögerlichkeit des Westens bei Aktionen gegen Moskau und sucht nach Leuten, die brüllen können, als wären sie Löwen. Der Leipziger Professor fand einen, der sich als »Dissident« in Leipzig mit seiner Courage einen Namen gemacht hat, eben Werner Schulz.

Der Grüne, der Erfahrungen mit einem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien schon 1999 an der Seite Fischers gemacht hat, machte den »originellen« Vorschlag, den Bosphorus und die Dardanellen durch das NATO-Mitglied Türkei für die Durchfahrt russischer Schiffe sperren zu lassen. Sollte sich jemand an die Bedeutung dieser Meerengen im ersten Weltkrieg erinnern, kann das für die Bewertung des Vorschlags von Schulz nützlich sein. In der DDR gab Schulz vor, gegen den Militarismus zu sein, nun ist er Strategie im »großen Spiel«. Mit welchem Ziel? In wessen Dienst?

HORST SCHNEIDER, Dresden

Kaufleute stifteten den Grundstock für das Völkerkundemuseum, das Bürger- und Grafiken der Hamburger Kunsthalle. Ein Zwitter ist das Museum für Kunst und Gewerbe, auch Kunst & Gewerbe genannt. Zum weiteren Bestand gehört das Hamburg Museum mit Außenstellen in den Vier- und Marschlanden und dem KZ-Museum Hamburg-Neuengamme. Auch die Thälmann-Gedenkstätte in Eppendorf vermittelt Geschichte.

Umfangreich ist die Sammlung des Altonaer Museums. Im Stadtteil Harburg sind das Archäologische Museum und neueren Datums das Museum für Arbeit in Barmbek. Bekannt ist auch das Internationale Maritime Museum in einem Kaispeicher im Hafen. Dieses Museum gehört Peter Tamm, dem Ex-Vorstandsvorsitzenden der Axel Cäsar Springer AG, der hier seine »Schätze der christlichen wie militärischen Seefahrt« zur Schau stellt. Museumseigner bekam Tamm vom CDU-Bürgermeister Ole von Beust rund 40 Millionen an Subventionen zugewiesen. Die Summe schob ihm die Kultursenatorin Dana Horáková, eine ehemalige Springer-Journalistin, zu.

Die Hamburger Kunsthalle, erbaut 1869 und sein klassizistischer Anbau aus dem Jahr 1919, werden in den kommenden zwei Jahren renoviert. Die Mittel des Umbaus von 22 Millionen Euro kommen vom Eigentümer des Otto-Versandes, der 15 Millionen gibt und die Stadt Hamburg 7 Millionen Euro. In dieser Zeit finden

Hamburger Korrespondenz

Kunststadt Hamburg – die andere Seite der Stadt



ALTONIA (1901)
Maler: Otto Markus

nur Ausstellungen im Museum der Gegenwart statt, einem Oswald Mathies Ungers Bau aus dem Jahr 1997. »SPOT ON« nennt sich die Ausstellung, die Meisterwerke der Hamburger Kunsthalle präsentiert. Darin werden die besten Werke der Sammlung gezeigt – 600 Jahre Kunstgeschichte. Dazu gehören Arbeiten von Ferdinand Hodler, James Ensor wie von Caspar David Friedrich und Andy Warhols Polaroid Fotos. Darunter auch die Büste eines Kardinals von Giovanni Lorenzo Bernini. Im Jahr 1984 fand ein Kustos nach 74 Jahren diese Plastik im Keller der Kunsthalle wieder. Über diesen Fund machte ich als TV-

Autor einen Beitrag für die ZDF Sendung »aspekte«.

Was ist Altona?« dies und vieles mehr zeigt das Altonaer Museum aus Anlass von 350 Jahren Stadtgeschichte. Am 23. August 1664 wurden dem heutigen Hamburger Verwaltungsbezirk Altona durch den dänischen König Frederik III. die Stadtrechte verliehen. Bis 1864 war Altona die zweitgrößte Stadt im dänischen Gesamtstaat. Im Deutsch-Dänischen Krieg verloren die Dänen Schleswig-Holstein und damit auch Altona. Erst 1866 nach der Schlacht bei Königgrätz zwischen Österreich

und Preußen kam Schleswig-Holstein mit Altona nach Preußen. Im Jahr 1937 wurde es ein Teil von Hamburg. Seitdem ist die Gegend um Altona einer der sieben Bezirke der Elbmetropole.

Die Ausstellung zeigt dortige Veränderungen in Bildern und Exponaten, natürlich auch über prägenden Persönlichkeiten, wie Salomon Heine und Max Brauer aus der neuen Zeit.

Erinnert wird an die Nazi-Provokation von 1932, die als »Altonaer Blutsonntag« bekannt ist. Für den 17. Juli 1932 hatte die SA etwa 10 000 Mitglieder zu einem Marsch durch das Arbeiterviertel abkommandiert. Bei dem SA-Marsch fielen Schüsse und zwei SA-Männer waren tot. Darauf folgte ein Polizeieinsatz bei dem 16 Personen getötet und 50 verletzt wurden. Nach der Machtübernahme der Nazis im Januar 1933 kam es vom 8. Mai bis zum 2. Juni 1933 zum »Blutsonntagsprozess« vor dem Sondergericht der Großen Strafkammer.

Alle Zeugenaussagen, auch die Beweise, waren gefälscht. Zum Tode wurden verurteilt: Bruno Tesch, Walter Möller, Karl Wolff und August Lütgens. Sie waren Mitglieder der Kommunistischen Partei. Am 1. August 1933 wurde das Urteil auf dem Hof des heutigen Amtsgerichts mit dem Handbeil vollstreckt. Es waren die ersten politisch gewollten Hinrichtungen der Nazis im »Dritten Reich«. Zwölf weitere Angeklagte wurden zu Haftstrafen verurteilt.

• Karl-H. Wolloch



Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort
 evtl. Telefon
 e-mail-Adresse

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundenummer
 Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort

- Probe-Abo (3,00 Euro für ein Vierteljahr)
- Normal-Abo (10,80 Euro im Halbjahr)
- Studierenden-Abo (10,80 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Internet-Abo (15,00 Euro im Jahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5,00 Euro.

bitte ausgefüllt schicken an:
 LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut
 BLZ
 Kontonummer
 Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
 Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.
 2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Zeitung erscheint monatlich und wird **bundesweit** über die Post/e-mail zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor Bezugsende** in der Redaktion kündige.

Buchhandlung Rijap

Neu bei uns:

Peter Brinkmann
Zeuge vor Ort

Das Neue Berlin, edition ost, 9,99 EURO
 Erscheint am 16. September

Stefan Aust, Dirk Laabs
Heimatschutz

Der Staat und die Mordserie des NSU
 Pantheon, 22,99 EURO

Rolf Lonkowski (Hrsg.)

Eulenspiegels Postkartenkalender 2015

Eulenspiegel, 9,99 EURO
 Erscheint am 16. September

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch in Leipzig ab 20 Euro frei Haus.

In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto.

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
 Tel./ Fax: 0341 - 5 90 60 74
 www.buchhandlung-rijap.de



In Leipzig finden Sie uns in der
Filiale Eutritzsch
 04129 Wittenberger Str. 96
Filiale Mockau Center
 04357 Mockauer Str. 123
Filiale Wallmann
 04155 Georg-Schumann-Str. 52

KARLIBEBEN

DIE KARLI LEBT DIE KARLI BEBT
 ACTION, PARTY, LIVE-MUSIK

Karl-Liebknecht-Straße, Leipzig

13. SEPT. 2014

DRAUßEN UND DRINNEN - VON FRÜH BIS SPÄT

ISOR e. V.

Beratungen für Rentner und angehende Rentner, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 AAÜG neu vom Rentenstrafrecht bedroht sind.

Sprechstunden:
 jeden vierten Mittwoch,
 16 bis 17 Uhr,
 im Stadtteilzentrum
 Messemagistrale,
 Str. des 18. Oktober 10a.

Schillerhaus

Leipzig, Menckestr. 42

21.9. 15 Uhr: 3. **Serenade im Garten des Schillerhauses mit dem Orchester Holzhausen.**
 28.9., 11 Uhr: **Ein Sonntagmorgen bei Oma Schneider.** Komödie und szenische Führung mit Schülern des Friedrich Schiller Gymnasiums.

Stadtgeschichtliches Museum

Leipzig, Markt 1

Neubau, Böttchergäßchen
Aktuelle Ausstellung
 21.9., 16 Uhr: **Finissage der Ausstellung »Umsonst ist der Tod«**
Museum Markt 1
 11. und 25.9., 16 Uhr: **Führung durch Schatzkammer und Gefängniszellen.**
 14.9., 14 Uhr: **Lästerliche Plaudereien mit Marktfrau Marlene.** Kabarettistische Museumsführung in sächsischer Mundart mit Angelika Pönitz. Eintritt 8,50 €
 18.9., 18 Uhr, Museumsge-spräch: **Salonkultur in Leipzig – Christina Mariana von Zieger (1695-1760).**
 27.9., 12.30 Uhr: **Begegnung mit Johann Sebastian Bach.** Vergnüglicher Museumsrundgang. Eintritt 8,50 Euro

Leipzig Pfaffen-dorfer Straße 29

13.9., 10 Uhr: **KIDZ – Riesenkindertfest.** Bühnenprogramm mit Regaease Boo und großer Geburtstags-show – 40 Jahre Sesamstraße sowie vielen Aktionen.
 20. und 21.9., 10 Uhr: **Zoo-Aktionstage mit Wissens-wertem zu den täglichen Arbeiten im Zoo und einem Blick hinter die Kulissen.**

Naturkunde-Museum
 Lortzingstr. 3

16.9., 14 Uhr: **Raubtiere und Nagetiere – wir ordnen sie.** Von der Form der Zähne können wir auf die Ernährung der Tiere schließen.
 21.9., 10–16.30 Uhr: **Von A wie Apfeltäubling bis Z wie Ziegenlippe.** Pilzfunde der Region

Rosa Luxemburg

Tel.: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

Dresden, 9.9., Dienstag, 19 Uhr
JUNGE ROSA: *Prostitution - Was bringt ein Verbot?* Mit Dr. Cornelia Ernst, MdEP.
WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21

Dresden, 10.9., Mittwoch, 19 Uhr
Vortrag und Diskussion: *Wie gelingt gesellschaftlicher Wandel? Die große Transformation hin zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz.* Mit Prof. Felix Ekardt.
Altes Wettbüro, Antonstraße 8

Chemnitz, 11.9., Donnerstag, 18.30 Uhr ***
Buchvorstellung und Diskussion: *Der Ausschwitz-Prozess - Ein Lehrstück deutscher Geschichte.* Mit Dipl. jur. Ralph Dobra, Gotha.
Querbeet, Veranstaltungssaal, Rosenplatz 4,

Leipzig, 15.9., Montag, 19 Uhr ***
Lesung: *Grenzüberschreitungen. Deutsche Pazifistinnen im Gespräch mit Romain Rolland während des ersten Weltkrieges.* Mit Franz Sodann und Prof. Klaus Schuhmann.
Lindenfels, Grüner Salon, Karl-Heine-Straße 50

Dresden, 17.9., Mittwoch, 19 Uhr ***
Kurzimpulse und Podiumsdiskussion: *Unterstützen oder Bestrafen? Welche Drogenpolitik ist zeitgemäß und erfolgreich?* Mit Frank Tempel (MdB), Jens Hoffsommer, Dresden, Thorsten Deigweiher, Treberhilfe Dresden e.V.
WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21

Chemnitz, 18.9., Donnerstag, 19 Uhr ***
Gespräch: *Freigabe oder Verbot - Drogenpolitik im Disput.* Mit Frank Tempel (MdB).
Querbeet, Veranstaltungssaal, Rosenplatz 4

Leipzig, 18.9., Donnerstag 20 Uhr ***
globalLE, Film und Gespräch: *The Lab*, Dokfilm.
naTo, Karl-Liebknecht-Str. 46

Dresden, 24.9., Mittwoch, 19 Uhr ***
Vortrag und Diskussion: *Buen Vivir/ Das Gute Leben - reale Alternative oder ferne Utopie?* Mit Dr. Peter Gärtner, Leipzig
WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21

Hoyerswerda, 24.9., Mittwoch, 17 Uhr ***
Vortrag und Diskussion: *Politik braucht Sprache! Braucht Sprache Politik?* Mit Prof. Peter Porsch.
Bürgerbüro, Dietrich-Bonhoeffer-Str. 4

Leipzig, 25.9., Donnerstag, 18.30 Uhr
ROSA L. IN GRÜNAU: *„Schreib nur nicht zu gallicht und gereizt“ – zum 200. Geburtstag von Jenny Marx.* Mit Prof. Manfred Neuhaus und Susann Scholz-Karas.
Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Leipzig, 25.9., Donnerstag 20 Uhr ***
globalLE – Film und Gespräch: *Master of the Universe*, Dokumentarfilm.
UT Connewitz, Wolfgang-Heinze-Straße 12a

Chemnitz, 26.9., Freitag, 16 Uhr ***
Buchvorstellung: *Realität Einwanderung – Kommunale Möglichkeiten der Teilhabe gegen Diskriminierung.* Mit Freya-Maria Klinger, MdL
Querbeet, Rosenplatz 4

Leipzig, 26.9., Freitag, 18 Uhr
Lesungen: *Hier bin ich Mensch, hier greif ich ein*, Literaturtee bei Rosa L.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Leipzig, 30.9., Dienstag, 18 Uhr
Vortrag und Diskussion: *Über das »langsame Bohren von harten Bretern«.* Zum 150. Geburtstag von Max Weber. Mit Prof. Manfred Neuhaus und Prof. Peter Porsch.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Chemnitz, 30.9., Dienstag, 19 Uhr ***
Ausstellungseröffnung: *Umoja – Die Stadt der Frauen.* Mit Rebecca Lolosoli, Umoja (Kenia)
Frauzentrum Lila Villa, Kaßbergstraße 22

Dresden, 1.10., Mittwoch, 19 Uhr
Gespräch: *Die Situation der Sinti und Roma heute.* Mit Romani Rose und Dr. Cornelia Ernst.
WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21

Chemnitz, 2.10., Donnerstag, 18:30 Uhr ***
Lesung: *Mit aller Stimmkraft...* Eine Wladimir-Majakowski-Lesung mit Mike Melzer, Chemnitz.
Querbeet, Veranstaltungssaal, Rosenplatz 4

Leipzig, 6.10., Montag 19 Uhr ***
Podiumsdiskussion: *Bauernland in Bauernhand?! Land unter Wachstumsdruck.* Mit Kathrin Kagelmann, Roman Herre und Willi Lehner
Hörsaalgebäude, Uni Leipzig, Augustusplatz 10

*** in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung: Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.

Die Veranstaltungen sind öffentlich

Jetzt für iOS und Android:

Die nd-App



www.neues-deutschland.de/app

neues deutschland
DRUCK VON LINKS

Einen herzlichen Glückwunsch



unserer Genossin
Irmgard Leitert,
die am 11. September
90 Jahre wird.

Die Mitglieder der Basisgruppe Löbnitz
der Partei Die LINKE

Messemagistrale

Leipzig, Str. des 18. Oktober 10a
8., 15., 22. und 29.9., 9.30 bis 12 Uhr und 12.30 bis 17.30 Uhr: *Senioren-PC-Kurs.*
9., 16., 23. und 30.9., 13.30 Uhr: *Seniorentreff mit Kaffee, Kuchen und Kartenspiel.*
10.9., 14.30 Uhr: *Singen für Alt und Jung.*

11.9., 15 Uhr: *Gedächtnistraining für pfiffige Senioren.*
18.9., 16 Uhr: *Karaokenachmittag für junge Leute*
24.9., 18 Uhr, im Rahmen der Interkulturellen Wochen: *Mit dem Roten Kreuz in Afrika – Frauenprojekte gegen Gewalt und Diskriminierung.* Mit Joachim Oelßner, DAFRIG.

Druck:

Nordost-Druck GmbH & Co. KG Neubrandenburg
Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 1. September 2014

Die nächste Ausgabe erscheint am 10. Oktober 2014

4.10.2014

OPERATION SPUTNIK

Jetzt das Sputnikabo schalten: 3 Monate für 60 Euro – www.jungewelt.de/sputnik

LEIPZIGS
NEUE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel.: 0341 / 21 32 345
Fax: 03212 / 11 80 370
E-Mail: redaktion@leipzigs-neue.de
Internet: www.leipzigs-neue.de

Bankverbindung: Sparkasse Leipzig
BLZ 860 555 92 - Konto 1 150 114 840
IBAN: DE60 8605 5592 1150 1148 40

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12 Uhr und
Dienstag 13 bis 15 Uhr

Redaktion:

Kurt Schneider, Roman Stelzig, Helmut Ulrich,
Michael Zock (V.i.S.d.P.)

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung,
Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.



Der schiefe Baum

In unserer Siedlung sind einige Bäume weit über die Dächer der Häuser hinausgewachsen. Eine Föhre fällt auf durch ihre skurrile Form: Sie steht windschief, mit zerzauster Krone. Ein langer, breit ausladender Ast neigt sich über das darunter stehende Haus, so dass es aussieht, als halte sich der Baum mit einem langen Arm am Dach fest. An der entgegengesetzten, der Wetterseite, sind die Äste weggebro-

chen oder haben sich gar nicht erst ausgebildet.

Was ist hier passiert? War das der Wind, der von Nordwesten kommt, sich in der Ebene Kraft holt und mit Wucht in die Siedlung fährt? Doch die anderen Bäume stehen gerade. Hat es einen Eisregen gegeben, der sich in den gefiederten Zweigen der Kiefer sammelte? Oder nasser Schnee nistete sich zwischen den langen Nadeln ein und riss die Äste herunter? Ich frage die Bewohner des Hauses, die im Garten unter dem Baum werken: »Wissen sie, warum ihr Baum so schief steht?« »Der Baum – welcher Baum?« fragt die Frau zurück. »Dieser Baum

hier, der große, direkt vor ihrem Haus.« »Ich weiß nicht - Gustav, weißt du, warum der Baum schief ist?« wendet sie sich ihrem Mann zu. »Welcher Baum?« »Na, der hier, vor dem Haus.« »Der ist schief? Wieso?« »Die Frau hier sagt es.« »Ich weiß nicht,« der Mann zuckt die Achseln und gräbt mit dem Spaten weiter in der Erde.

Ich frage die Frau, ob sie noch nicht lange hier wohnt. »Ach, wir wohnen schon lange hier – lange – « sagt sie mit einer ausladenden Armbewegung. »Und sie wissen nicht, seit wann der Baum schief ist?« frage ich. »Nein – ist er denn schief?«



»Das süße Leben«, diesmal nicht von Regisseur Federico Fellini, sondern anders »gefilmt«. Was wird diesem Knirps die Zukunft bringen? Foto: Paul

Souvenirs, Souvenirs...

Welchen Wert hat eine alte Zielscheibe, eine zerschossene? Wenn es die eigene Scheibe ist, kann der stolze Schütze sie jederzeit vorzeigen: Seht mal, ich bin doch gut! Eine solche Zielscheibe aus dem Besitz eines hüftenskreisenden Sängers ist neulich versteigert worden. Man weiß aber nicht einmal, ob der beim Schießen

auch wirklich gesungen hat. Elvis Presley, der mit der schönen Haartolle, war der glückliche Hobby-Schütze. In seinem Nachlass fand sich ein solches begehrenswertes Souvenir. Es ist nun zum 37. Todestag des Sängers auf dessen damaligen Wohnsitz in Memphis (USA) versteigert worden, für sage und schreibe 27 500 Dollar.

Wenn er als Sänger und Entertainer wenigstens auf eine Schallplatte geschossen hätte. Aber auf eine Pappscheibe.

Souvenirjäger leben offenkundig nach eigenen Gesetzen. Früher hat man viel Geld bezahlt für die Locke eines Künstlers. Die hätte Elvis Presley ja liefern können. Das wäre wenigstens noch etwas

Körperliches gewesen, ein hautnahes Souvenir. Aber eine zerlöcherter Schießscheibe!

Ein Paar Schnürsenkel würde ich auch noch durchgehen lassen, oder einen Hosenkopf. Es ist kein rechter Verstand mehr bei der Sache.

Kulturverfall.

Heinrich Wolf



Deutschland ohne eigene Rüstungsindustrie wäre nicht gleich das Ende von »Made in Germany« auf den internationalen Märkten. Es gibt Besseres auf unserer Produktliste, vor allem gibt es Krisenfesteres. Doch Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Wehrtechnik haben den gleichen prinzipiellen Anspruch auf Unterstützung und auf Gehör wie andere Branchen.

LVZ am 20. August

Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Wir liefern überall seit Jahren Waffen, in alle möglichen Krisengebiete.

DLF am 27. August

Großbanken müssen Milliardenstrafen für ihre Zockerei bezahlen. Den Drang nach Manipulation wird das kaum zügeln. Beim Crash 2007 war nicht nur böser Wille und Hinterlist am Werk.

WZ »der freitag« am 28. August

Laut offizieller Zählung gibt es in Deutschland 110 000 Briefkästen.

RTL am 29. August

Unser Herz ist nur faustgroß, leistet aber Erstaunliches. 7000 Liter Blut transportiert es durch den Körper. Jeden Tag. Jede Nacht.

TV 14, Nr.18



Neulich hat ein nd-Redakteur, der eine sprachpflegerische Mission in sich fühlt, eine Liste von abgedroschenen Worthülsen zusammengestellt, auf die man im schreibenden Gewerbe bitte möglichst verzichten sollte: Damoklesschwert, Feigenblatt, Machtpoker, Schulterchluss ...

ND am 30. August

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace sieht in den Kämpfen in der Ostukraine eine wachsende Gefahr für ein Atomkraftwerk in der Region. Die Front verläuft etwa 200 Kilometer vom AKW Saporoshje entfernt, dessen aus Sowjetzeiten stammende Reaktoren nur unzureichend gegen Beschuss geschützt seien.

NA-Agenturen am 30. August

Um die Ukraine findet seit langem ein Krieg der Informationen statt. Mit allern Möglichkeiten, die die Psychologie hergibt, will ich nicht, dass wegen Kiew ein Weltkrieg beginnt.

ARD-Presseclub am 31. August

Der Grund für die gelegentliche Unfreundlichkeit von uns Deutschen muss in der Umständlichkeit des Wortes »Entschuldigung« liegen.

DAS MAGAZIN, September 2014
Entdeckt von Siegfried Kahl



WEISHEITEN
von Reinhard Lochner

Wie gut stünde es um die Menschen, wenn sie Herzensangelegenheiten mit Verstand und Verstandesangelegenheiten mit Herz behandeln könnten!

Wer Moral in der Politik sucht, hofft vermutlich auch, in einem Misthaufen eine Perle zu finden.

